DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 161, Samstag, 3. Februar 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand



FÜR FRIEDEN & FREIHEIT:

JETZT KOMMT DIE ARBEITER- UND BAUERNMACHT

Der Widerstand mobilisiert zum Kampf! Jeder Schlag gegen einen Kollegen von uns ist ein Schlag gegen uns alle!

So heißt es nicht nur in der entschlossenen französischen Résistance der Bauern, die sich einem kriminellen Regime gegenübersehen und seit einer Woche Paris belagern, dabei Polizeisperren umfahren und Konflikte mit den die Straßen sperrenden Polizeisöldner eingehen – und siegreich austragen, um weiter auf das Zentrum vorzudringen. Auch der deutsche Widerstand ist seit der Auffrischung durch den Bauernwiderstand auf breiter Front im Vorwärtsgang!

Gelbwesten, Occupy Wallstreet, Nuit Debout, NichtOhneUns, Bewegung Leipzig, Querdenken, Arbeiter und Bauern für Frieden und Freiheit: Seit langem geht es um weit mehr als darum, ob Diesel oder Heizöl in den Tank der Traktoren kommt.

Es geht um den Frieden, es geht um alles. Um die Erneuerung der Republik mit Volksentscheiden in allen grundlegenden Angelegenheiten, um Verfassungserneuerung aus dem Volk selbst, um Aufklärung der Corona-Lüge, um ersatzlose Abwicklung übergriffiger Institutionen, um sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit, um Unabhängigkeit und Frieden für Deutschland. Jedenfalls um Austritt oder Ende von Nato, EU, IWF, Weltbank, um ein Ende aller Kriegsbeteiligungen – und ein Ende der WHO-Geheimagenda.

KOMMT ES ZUM GRUNDLEGENDEN VOLKSENTSCHEID – ZUR REVOLUTION?

Wird es den deutschen Demokraten in ihrem langen Kampf für echte Demokratie (Seite 6) erstmals gelingen, ihren Weg zu Ende zu gehen? Dies ist ihre Zeitung! Und das schmeckt dem Regime von Beginn an nicht. Am Dienstag wurde unser Kollege und Bildjournalist Georgi Belickin vom Regime angegriffen (Seite 7).

Doch wer einen von uns angreift, greift uns alle an! Wir werden jeden Angriff in neue, noch weitaus entschlossenere Energie umwandeln: Wir werden nicht weichen. Unser Kampf führt zum Sieg.

INHALT DW161

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 161. Ausgabe ab Samstag, 3. Februar 2024. | Redaktionsschluss war am 1. Februar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Sieger der Verlierer

Der Preis der Republik geht Gewerkschafter Claus Weselsky.
LAUDATIO von Anselm Lenz

Ein echter Gewerkschafter zu sein, ist hartes Brot. Einerseits hat man es mit denen zu tun, die nichts als ihre Arbeitszeit zu verkaufen haben, andererseits mit einem Staats- und Konzernapparat, der einen nicht willkommen heißt. Und dann sind da noch Mittelständler, die ohnehin ausbluten. Aber Claus Weselsky ist ein Meister der Gewerkschaftsbewegung!

Sie sind Arbeiter, auch wenn Sie »Angestellter«, »Mitarbeiter«, »Jobber«, »Azubi«, »Arbeitsloser«, »Praktikant« oder »Trainee« genannt werden. Immer häufiger sind auch Scheinselbstständige Arbeiter, etwa, wenn sie weniger als 5.000 Euro im Monat umsetzen und zumeist nur für einen oder wenige Auftraggeber oder Plattformen tätig werden. Gewerkschafter fassen Arbeiter zusammen, die gegen ein kleines Mitgliedschaftsgeld die Streikkasse aufbauen. Diese kam in der BRD in einem formalisierten Verfahren zum Tragen. Tarifauseinandersetzungen: Die Arbeiter fordern gewerkschaftlich geschlossen mehr Lohn vom Profit der Unternehmner, Arbeitszeitverkürzung und bessere Bedingungen. Geht der Kapitalist (das Konsortium, der Konzern, die Firma) nicht darauf ein, kommt es zum Streik, zur Arbeitsniederlegung. Der Kapitalist kann im Gegenzug die Arbeiter »aussperren«, muss sie also nicht bezahlen, was anteilig die Streikkasse auffängt. Am Ende steht ein Kompromiss.

Dieses Verfahren ist seit Beginn des systematisch-doktrinären Neoliberalismus in den 1980er Jahren weitgehend zerstört worden. Seit Jahren zeigt einer der wenigen nicht von Konzernen, Parteien und Tiefem Staat eingesetzen Gewerkschaftsführer, Claus Weselsky von der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), wie es richtig geht – und holt für alle Bahner damit richtig etwas heraus. Dafür wurde der große Gewerkschafter, der Sieger der Verlierer von der Schweinepropaganda schon vor zehn Jahren als »Rechter« geziehen. Weselsky gebührt der derzeit angesehendste Öffentlichkeitspreis in Deutschland: Der Preis der Republik. Glück auf!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DEN GEWERKSCHAFTER CLAUS WESELSKY. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert., Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Es geht um die nackte Existenz

EINWURF von Werner Köhne

1968 – das Datum weckt Erinnerungen an die Studentenbewegung und deren Marsch durch die Institutionen. Was für ein Klischee: Keiner ihrer Führer wie Dutschke, Krahl und Lefebre schaffte es in Institutionen. Der rote Danny gab dagegen nur den Politclown und Josef Fischer war gar kein Student.

Und sonst? Um weiteren Zweifel an der Gewichtigkeit der genannten Ereignisse zu säen, greife ich auf eine persönliche Erfahrung zurück: Für sieben Wochen war der geblümte Hippie, der ich war, bei den sogenannten Landvermessern tätig: Mit Senkblei und Grenzsteinen bewaffnet durchmaßen wir – ein Dreierteam – Wald und Feld. Es war das Vorspiel zur sogenannten Flurbereinigung. Die gesamte Landwirtschaft sollte nach Maßgaben aus Brüssel umgestaltet werden – in Großflächen für Großbauern.

Die Folge: viele Kleinbauern gaben auf, Monokulturen und Chemiedüngung prägten fortan das Terrain. Über Nacht verschwand eine blühende Heckenkultur und damit zahlreiche Vogelarten. Noch schärfer schlug zu Buche, dass auch soziales Leben in und mit der Natur zu Grabe getragen wurde. Da schien eine Jahrtausende alte Welt unterzugehen – und kaum einer schien es zu merken. Es gab damals noch keine »Veganen«, keine Bauern, die gegen die Maßnahmen aus Brüssel aufbegehrten oder die Vorgänge um sie herum reflektierten.

Man kann in den Bauernaufständen in diesen Tagen einen Bruch in dieser Entwicklung sehen. Inzwischen kehrte Einsicht ein in den Höfen. Es geht den Bauern um die nackte Existenz. Aufgezwungen wird ihnen heute das Konzept des »Smart Farming«, worin sie zur Manövriermasse für Spekulanten im Bereich Nahrungsmittelindustrie werden. Es ist auch das Ende jenes Typs, von dem Leo Tolstoi noch behauptete: Ein Bauer hat keine Angst vor dem Tod. Dem Satz nachsinnend ertappe ich mich bei der Überlegung, wie wohl noch in den 1950er-Jahren das Pandemie-Droh-Szenario in das Leben der Menschen eingewirkt hätte? Auf Menschen, die damals noch überwiegend auf den Äckern beschäftigt waren. Hätte der Bauer damals 15 Pillen am Tag geschluckt oder sich dem Diktat einer fortwährenden Bespritzung ausgeliefert? – Wahrscheinlich nicht.

Hier offenbart sich das tragische Porträt des Bauern. Sein Schicksal ist das eines sich abrackernden Kleinkrauters – zerrieben zwischen den Interessen einiger Großgrundbesitzer und denen von global agierenden Konzernen, die bald schon die eigentlichen Verwalter der Ländereien werden. Widerstand tut da wahrlich not.

DIE GEHEIMAKTE CORONA-EXPERTENRAT

Die Jounalistin Aya Velázquez hat einen großen Dokumentarfilm vorgelegt. Sie zeichnet ein Bild der Verschwörung zur Umgestaltung der Welt nach dem Willen selbsternannter »Eliten« Mit den grausamsten Folgen, die wir alle kennen.

»Wir brauchen eine Aufarbeitung der Corona-Politik in Deutschland. Da die verantwortlichen Politiker, Politikberater und Personen des öffentlichen Lebens, die bei der sozialen Ausgrenzung von Ungeimpften mitgemacht haben, uns Diskurs und Aufarbeitung verweigern, habe ich vorgelegt und einen Dokumentarfilm über die deutsche Maßnahmenpolitik produziert.«

So leitet die Journalistin Aya Velázquez ihren neuen Dokumentarfilm ein. »Die Geheimakte Corona-Experiment« ist ihr zweites großes Werk zum Themenkomplex seit ihrem DW-Originalbeitrag »China und der Great Reset« in #DW28 vom 28. November 2020. Nach der Veröffentlichung des Artikels stieg Velázquez, wie viele andere DW-Autoren auch, zur herausragenden Figur des Aufklärungsjournalismus und der freien Talkrunden im Internet auf.

Velázquez, die unter ihrem Künstlernamen arbeitet, steigt mit ihrem Film nicht mit dem März 2020 in die »Plandemie« ein – oder der jahrelangen Vorbereitung des Putsches im Verborgenen –, sondern in dessen Höhepunkt zum Jahreswechsel 2021 auf 2022, dem brutalsten Winter des Regimes mit dem zugleich größten Widerstand. Velázquez' Fokus liegt auf der Ausgrenzung: »Während der Expertenrat hinter verschlossenen Türen über neue Maßnahmen nachdachte, waren Ungeimpfte (...) via 2G- und 3G-Regeln vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen«, also segregiert, »und wurden tagtäglich an den medialen Pranger gestellt«, so die Journalistin.

»Inhaltlicher Aufhänger« des Films sind, wie die zwischenzeitliche DW-Auslandsressortchefin zum Film schreibt, »die Protokolle des Corona-Expertenrats der Ampelregierung, die durch den Arzt Christian Haffner freigeklagt und teilgeschwärzt herausgegeben wurden. (...) Im Zentrum stehen soll dabei die Frage, wie es im Winter 2021/22 in Deutschland zu den zahlreichen Grundrechtseinschränkungen, antidemokratischen Entgleisungen wie 2G oder 3G, Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte, der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, den Masken- und Testpflichten für Kinder, den Demo- und Berufsverboten kommen konnte – sowie zu den traurigsten, langfristigen Resultaten der deutschen Maßnahmenpolitik: Massive Impfschäden, überdurchschnittlich hohe Krankenstände, sowie eine statistisch signifikante Übersterblichkeit« (vgl. #DW1 vom 17. April 2020 bis #DW161 vom Tage).



ZDF-Gebührenmillionär Jan Böhmermann sank während des Maßnahmenterrors zum abgefeimtesten Hassprediger des Spritzenmöderregimes hinab, der insbesondere gegen Kinder hetzte. Foto: DW-Bildschirmfoto aus dem Film »Geheimakte Corona-Expertenrat« von Aya Velázquez, der auf Online-Videoplattformen aufrufbar ist.

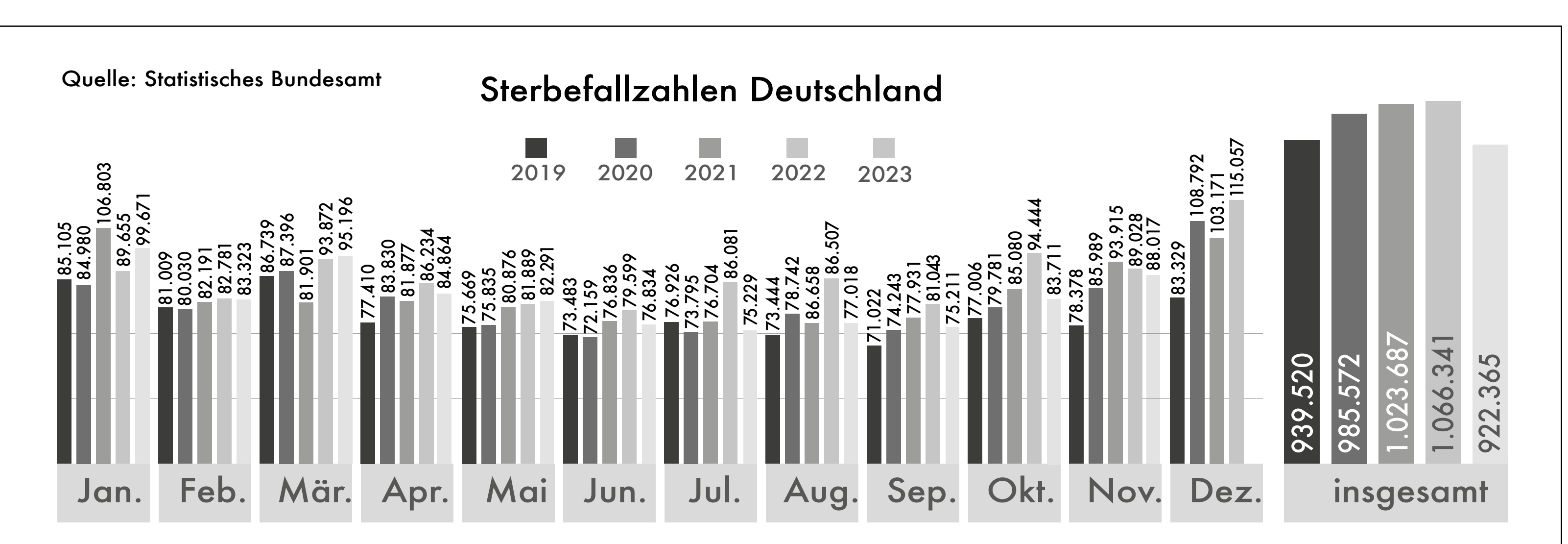
ESKALIERTE STIMMUNG GEGEN »UNGEIMPFTE«

Im zweiten Teil unternimmt die studierte Kulturwissenschaftlerin dann den »Zoom aus der Causa Expertenrat« in das »größere Bild«, eine chronologische Zeitreise durch die Jahre 2016 bis 2023. »Wer sind die Nutznießer des globalen Pandemie-Regimes, warum ist in Deutschland die politische Stimmung gegen Ungeimpfte so eskaliert ist, wer ist beim deutschen Maßnahmenregime alles begeistert mitmarschiert, wer nicht, und warum.«

Die Gründung der neuen bundesweiten Friedens- und Demokratiebewegung NichtOhneUns.de und die erste Demonstration weltweit am 28. März 2020 lässt Velázquez dabei aus, handelt den von Beginn an deutschlandweit präsenten Widerstand stiefmütterlich, und die teils bis heute gegebene Vorreiterolle der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand gar nicht ab. Es bleibt bei einem anonymen Einspieler von einigen Sekunden aus dem April 2020 vom Rosa-Luxemburg-Platz: Polizei gegen Mann mit Grundgesetz.

Dieser – an dieser Stelle – enttäuschende »Lückenjournalismus« Velázquez' geht wohl darauf zurück, dass die Journalistin ab Sommer 2020 DW-Redaktionsmitglied wurde, sich diese Zeitung aber von ihr im Juli 2021 höflich wieder trennte. Soe hatte vehement unsere »Distanzierung« von Professor Sucharit Bhakdi eingefordert (der nie Redaktionsmitglied war, aber Beiträger und Interviewpartner), weil dieser sich in einer Sache abseits seiner Expertise zum Virusthema sehr unglücklich geäußert hatte.

Die betont »linke« Velázquez war zu dem Zeitpunkt bereits inaktiv und wohl verzweifelt geworden, spielte für unsere tägliche, sehr intensive Arbeit, keine Rolle mehr, konnte und wollte nicht mehr – und nahm dann dennoch ihre Streichung aus dem DW-Impressum nach langer Abwesenheit 2021 sehr übel. Wir hingegen weisen hier auf ein ausgesprochen gelungenes Werk einer ganz offensichtlich begabten Journalistin, Filmemacherin und Aktivistin hin, das dringend empfohlen wird! (Anselm Lenz)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

HAFTBAR GEMACHT

Sydney/DW. Der Arbeitgeber ist für Impfschäden mitverantwortlich, stellte ein australisches Gericht am 15. Januar 2023 in einem wegweisenden Gerichtsverfahren fest, wie der Fachblog *tkp.at* berichtete. Demnach hatte ein Mann gegen seinen Arbeitgeber geklagt, der ihn zur Coronaspritze gedrängt hatte, die ihn dann außer Gefecht setzte. Um weiter arbeiten zu dürfen, habe er sich spritzen lassen müssen, damit trage der Arbeitgeber eine Mitschuld am Impfschaden, so das Gericht. Der Betrieb hatte ohne Erfolg versucht, die Verantwortung einzig auf staatliche Vorgaben abzuwälzen. Der Kläger kann nun mit einer hohen Entschädigungssumme rechnen. (hes)

DATEN IMPFSCHÄDEN

Amsterdam/DW. 28.710 Todesfälle im Zusammenhang mit den Coronaspritzen. Dies sind die neusten Daten der Arzneimittelagentur EMA, Stand 29. Januar 2023. Hinzu kommen 662.733 schwerwiegende Nebenwirkungen wie Muskelversagen, Herzinfarkte und Krebs. Kinder sind mit 16.239 schwerwiegenden Nebenwirkungen betroffen. Experten gehen von einer massiven Unterfassung der Wirkungen der Coronastoffe aus. Bislang reichte der Verdacht auf rund zehn Todesfälle, um ein Medikament vom Markt zu nehmen. (hes)

PLÖTZLICH UND UNERWARTET

Panama City/DW. Die Todesfälle in der Sportwelt halten an. Luis Tejada, Rekordtorschütze der Fußball-Nationalmannschaft Panamas und bekannt als »El Matador«, ist plötzlich und unerwartet im Alter von nur 41 Jahren gestorben. Berichten zufolge erlitt er nach einem Fußballspiel in seiner Heimat einen Herzinfarkt. Seine Profikarriere hatte er erst vor einem Jahr beendet. Am 28. Januar habe er sich in dem erwähnten Spiel auswechseln lassen, weil er sich unwohl gefühlt habe. Anschließend sei er ohnmächtig geworden und mit einem Krankenwagen ins nächste Hospital gebracht worden, wo er nicht mehr gerettet werden konnte. Für Panama erzielte der Stürmer in 108 Spielen 43 Tore. 2018 stand er im Kader seines Landes bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Russland, für die sich Panama erstmals qualifizieren konnte. (kmü)

MELDUNG



KANZLER SCHOLZ HAT KEIN RESPEKT

Berlin/DW. Eine aktuelle INSA-Umfrage im Auftrag des Nachrichtenportals *nius.de* ergab, dass 58,1 Prozent und somit eine absolute Mehrheit der Bürger den Eindruck haben, dass Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sie nicht respektiert. Nur eine klare Minderheit von 29,9 Prozent gab an, dass sie von Seiten des Kanzlers Respekt spüre. (kmü)

SICHERHEITSGEFÜHL DER BEVÖLKERUNG GEHT ZURÜCK

Allensbach/DW. Laut »Sicherheitsreport 2024«, einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, fühlen sich nur noch 61 Prozent der Deutschen in ihrem Land sicher. Vor zwei Jahren lag der Wert noch bei 76 Prozent. Bedroht fühlen sich die Menschen insbesondere durch die anhaltend hohe Migration, extreme Gruppierungen sowie durch die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten. (kmü)

WOKER DFB LEUGNET BIOLOGISCHE FAKTEN

Frankfurt am Main/DW. Schon der Focus berichtete im September 2023, dass Präsident Bernd Neuendorf (SPD) zusammen mit seiner Parteigenossin Nancy Faeser, den Deutschen Fußball-Bund (DFB) sozialdemokratisch umbauen. Nun hat der Verband den Bundesligisten Bayer 04 Leverkusen mit einer Geldstrafe in Höhe von 18.000 Euro belegt. Grund: Die Fans der Werkself hatten während des Spiels beim SV Werder Bremen am 25. November 2023 ein Banner gezeigt mit der Aufschrift: »Es gibt viele Musikrichtungen, aber nur zwei Geschlechter.« Der Klub fügte sich brav und untertänig dem *woken* Zeitgeist. So erklärte Bayer-Geschäftsführer Fernando Carro: »Diese Aktion war geschmacklos und falsch und sie hat nichts mit Werten wie Offenheit und Toleranz zu tun, für die Bayer 04 als Organisation steht.« (kmü)

IMMER MEHR KINDERGELD WANDERT INS AUSLAND

Berlin/DW. Deutschland hat im Jahr 2023 insgesamt 525,7 Millionen Euro an Kindergeld ins Ausland gezahlt. Dies entspricht einem Plus von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Großteil der Summe geht nach Polen. 2018 waren es noch »nur« 402 Millionen Euro gewesen. Dies geht aus einer Antwort von Finanzminister Christian Lindner (FDP) auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten René Springer (AfD) hervor. (kmü)

TEILNEHMERIN VON »GEHEIMTREFFEN« VERLIERT IHREN JOB

Köln/DW. Wie der *Kölner Stadtanzeiger* berichtet, verliert Simone Baum, Landesvorsitzende der neu gegründeten Partei Werteunion in Nordrhein-Westfalen, ihren Job als Stadtangestellte in Köln, weil sie am sogenannten Geheimtreffen von AfD- und CDU-Politikern mit politischen Aktivisten in Potsdam teilgenommen hat. Sie wurde fristlos gekündigt. Baum war im Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz für das Beschwerdemanagement zuständig. (kmü)

PÜRNER VERSTÄRKT BSW UND WARNT VOR PANDEMIEVERTRAG

Berlin/DW. Dr. Friedrich Pürner verstärkt die Partei BSW von Sahra Wagenknecht. Der bekannte Corona-Maßnahmenkritiker sorgt sich um die Zukunft unseres Landes – auch wegen des WHO-Pandemievertrags, der im Mai beschlossen werden soll. Dieser sei »ohne kritische Aufarbeitung der Corona-Zeit entworfen« worden, so Pürner am 31. Januar auf X.

Einmal mehr kritisiert er Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD): Ihm fehle »jedwedes Bedürfnis nach Aufarbeitung«, zudem »Kritikfähigkeit und die Fähigkeit einer gesunden Reflexion der Corona-Ereignisse.« Seine Nähe zur Pharmaindustrie sei eine Hürde für eine Gesundheitsfürsorge, die den Menschen in den Mittelpunkt stelle, so Pürner, der gegen den Pandemievertrag ist. »Es werden die gleichen Fehler wieder passieren. Das kann nicht zum Wohle der Weltgesundheit sein. Auch darf nicht vergessen werden, dass die WHO keine demokratisch legitimierte Institution ist.«

Von Brechmitteln, Vollidioten und Ratten

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, was fällt Ihnen als Erstes ein, wenn Sie an Marie-Agnes Flak-Zimmermann (Sonstige) denken? Eine 55-jährige Frau aus Durbach hatte deren Forderungen nach immer mehr Waffenlieferungen in die Ukraine nicht mehr ertragen und die Politikerin in einem *Tweet* als »lobbygetriebenes Brechmittel« tituliert. Hat die »Allergeilste«, wie sich die herzliche und überaus sympathische Marie-Agnes 2023 einmal selbst nannte, diese Schmähung verdient? Natürlich nicht, weshalb sie die Pöblerin verklagte. Die Staatsanwaltschaft schickte der Durbacherin einen Strafbefehl: 5.000 Euro sollte sie zahlen. Muss sich ja lohnen, gell? Das Amtsgericht Offenburg entschied nun aber, dass die Bundestagsabgeordnete im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg tatsächlich so genannt werden darf. Ist das nicht ein Skandal?

Auch Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) musste einen herben Rückschlag im Kampf gegen einen Internet-Lümmel einstecken: Er wollte einen Mann, der ihn auf X einen »Vollidioten« nannte, wegen übler Nachrede und Beleidung bestrafen lassen. Doch wie *Bild* berichtet, wurde das Verfahren jetzt wegen Geringfügigkeit eingestellt. Was ich mich frage: Was passiert eigentlich mit Frank-Spalter Steinmeier? Er hat am 29. Januar bei einem Empfang vor Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Betriebsräten in einer Rede Millionen von Bundesbürgern, die Wähler der AfD, indirekt als »Ratten« bezeichnet. Darf der das ungestraft? Na ja, vielleicht sollte man Nachsicht walten lassen, schließlich zählt es nicht zu seinen Stärken, das Land zu einen. Vielleicht hängt seine Entgleisung auch mit einer Wahrnehmungsstörung zusammen, schließlich fabulierte er vor nicht allzu langer Zeit noch vom »besten Deutschland aller Zeiten« und meinte das offenbar völlig ernst.

Dass sich unser Land derzeit in einer Rezession befindet, soll angeblich nichts mit der Ampel zu tun haben. Vielmehr sei der hohe Krankenstand dafür verantwortlich. Arbeitnehmer fehlten, wie eine Auswertung der Krankenkasse DAK ergab, im Jahr 2023 im Schnitt 19,4 Tage. Das sind fast doppelt so viele wie in 2021 und den Jahren davor. Seltsam – oder war ab 2021 irgendwas anders?

Die Politfiguren des Altparteienkartells haben es derzeit wahrlich nicht leicht. Ob auf Demo-Bühnen, Fähren, in Flutgebieten oder als Zuschauer bei Handballspielen: Überall schlägt ihnen die pure Begeisterung entgegen. Woran das wohl liegen könnte? Aber selbst auf ihrer eigenen »Demo« für die kaputte Ampel und gegen die Opposition Mitte Januar in Potsdam machten Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Bündnisgrüne) einen ziemlich bedröppelten Eindruck. Gab es für die Teilnehmer der inszenierten Veranstaltung diesmal etwa keine Bratwurst gratis?

Annalena wird gerade wirklich nicht vom Glück verfolgt. Nun hat sie Ärger wegen einer Dienstreise, die sie im August 2022 nach Dänemark führte. Wie erst jetzt bekannt wurde, ließ sie damals laut *Bild* eine zweite Maschine einfliegen, nur um drei Stunden früher nach Hause zu kommen. Wie war das noch mit dem klimafreundlichen Reisen? Klar, gilt natürlich nicht für die Außenministerin. Die predigt zwar gerne Wasser, trinkt aber selbst lieber Wein.

Keinen leichten Stand hat derweil auch Anette Dowideit, Vize-Chefredakteurin vom mit Staatsgeldern finanzierten Denunziations- und Propagandaportal *Correctiv* (Seiten 12/13). Sie gab im ARD-»Presseclub« am vergangenen Sonntag eine äußerst schlechte Figur ab, behauptete ungeachtet aller Fakten, man habe im Zusammenhang mit dem vermeintlichen »Geheimtreffen« von AfD- und CDU-Mitgliedern mit rechtsextremen Aktivisten in Potsdam (DW berichtete) »nicht von Deportationen gesprochen oder so.« Komisch nur, dass man das Wort »Deportation« in einer Beschreibung zum *Correctiv*-Sachbuch »Der AfD-Komplex« dann ganz schnell heimlich gelöscht hat. Aber Pech gehabt: Nicht schnell genug.



So niedlich Ratten auch sind: Wenn ein Bundespräsident seine Neutralitätspflicht verletzt und Opposition und deren Wähler entmenschlicht, gilt Alarmstufe Rot. Foto: Commons

Übrigens: Im anschließenden »Presseclub Nachgefragt« konnten Zuschauer per *Hotline* mit den Beteiligten der Sendung weiterdiskutieren. Dabei unterlief den Produktionschefs ein schwerwiegender Fehler, denn es kamen – wie man es normalerweise von ARD und ZDF gewohnt ist – diesmal nicht nur eigene Mitarbeiter inkognito zu Wort. Ein gewisser Axel Meier aus Dauteweiler wurde ins Studio zugeschaltet und sagte, die Politik agiere gegen das Volk, das die Regierung ablehne und Neuwahlen wolle. Dann begann er einen neuen Satz: »Die Meinungsmacher dieses rot-grün versifften Systems...« – und wurde prompt von Moderator Schönenborn unterbrochen, der ihn aufforderte bei einer »anständigen Sprache« zu bleiben. Der Anrufer ließ sich aber nicht beirren und sprach, bevor er ein zweites Mal und dann komplett abgewürgt wurde, plötzlich über »von der Regierung bezahlte Medien« und »Zwangsabgaben für den ÖRR«. Der Blick in die Gesichter der *Mainstream*-Pressefuzzis in diesem Moment: Unbezahlbar!



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



In Frankreich, Teilen Belgiens und Italiens sind die Bauern in einem radikalen Widerstand gegen das Regime mit teils landesweiten Blockaden, brennenden Barrikaden und entschlossenen Vorstößen gegen die politischen Zentren und Konzernzentralen. Auf dem Bild: Autobahn A71 bei Montluçon (F) am Vormittag des 31. Januar.

Foto: Ano

MELDUNG

FAST 80 TREFFEN VON REGIERUNG UND VERFASSUNGSRICHTERN

Berlin/Karlsruhe/DW. Nicht nur Altkanzlerin Angela Merkel (CDU) speiste gerne mal zusammen mit Parteigenosse Stephan Harbarth, dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Einem Bericht von *Tichys Einblick* zufolge sind derartige Treffen gang und gäbe. Die fragwürdige Zusammenarbeit von Exekutive und Judikative gehe demnach »weiter als bisher gedacht«. So soll es allein seit dem Amtsantritt der Ampel-Regierung fast 80 Treffen von Regierungsmitgliedern und Verfassungsrichtern gegeben haben. (kmü)

MITGLIEDERSCHWUND BEI SPD UND FDP

Berlin/DW. Ein Großteil der Wähler ist schon weg, nun verlieren SPD und FDP auch noch massiv Mitglieder. Ende des vergangenen Jahres gehörten der Partei von Kanzler Olaf Scholz 14.671 Menschen weniger an als ein Jahr zuvor. Die Mitgliederzahl sank somit auf 365.190. Dies entspricht einem Rückgang von 3,9 Prozent. Die FDP verlor im selben Zeitraum 4.280 Mitglieder und kommt damit zum Jahresende 2023 auf nur noch 71.820. Die AfD dagegen legt dagegen um rund 37 Prozent zu und zählte zum Jahreswechsel 40.131 Mitglieder. (kmü)

+++ IN ALLER KÜRZE BERICHTET +++

+++ Dem linksradikalen Altparteienkartell schwimmen zunehmend die Felle davon: Laut einer aktuellen Umfrage käme eine Regierungsbildung in Thüringen und Brandenburg ohne Beteiligung von AfD oder BSW als Koalitionspartner nicht mehr zustande.

+++ Eine Petition zum Verbot der Partei Grüne/Bündnis 90 (gestartet von Ralph Kahlert) sorgt für Wirbel. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe hatten bereits rund 270.000 Menschen unterschrieben. +++ Für mehr Meinungsfreiheit und eine umfassend informierte Gegenöffentlichkeit hat Michael Bündel alias Captain Future nun eine Suchmaschine für alternative Medien und *Blogs* entwickelt: Schwuurbel.de. +++ (kmü)

+++ Kein Bock auf staatliche Propaganda: Insgesamt 3,2 Millionen Haushalte sollen laut Jahresbericht des Beitragsservices keinen Rundfunkbeitrag zahlen beziehungsweise mit ihren Zahlungen im Verzug sein.

+++ Bei der Europawahl am 9. Juni 2024 soll ein deutscher Ableger der türkischen Regierungspartei AKP antreten: Die neu gegründete Partei heißt Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch (Dava). Deutsche Politiker sind besorgt und warnen vor einer Einflussnahme des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Bündnisgrüne) auf X: »Ein Erdogan-Ableger, der hier zu Wahlen antritt, ist das Letzte, was wir brauchen.« +++ (kmü)



HANS-GEORG MAAßEN UND DER VERFASSUNGSSCHUTZ

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. Martin Schwab

Jetzt beobachtet das Bundesamt für Verfassungsschutz allen Ernstes schon Hans-Georg Maaßen. Als angeblichen Rechtsextremisten. Eine peinliche Blamage für die Behörde. Und die Manifestation eines unfassbaren Machtmissbrauchs.

Lieber Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen ist einfach nur KONSERVATIV! Und er ist zugleich liberal - in dem Sinne, dass er sich nicht von selbsternannten Tugendwächtern, wie wir sie vor allem bei den Grünen beobachten, vorschreiben lassen will, wie er zu leben hat!

Und das soll schon ausreichen, um als »rechtsextrem« beobachtet zu werden? Ernsthaft? Die Bankrotterklärung, die das Bundesamt für Verfassungsschutz damit in rechtsstaatlicher Hinsicht unterschreibt, könnte kaum noch schlimmer ausfallen. Was hier mit Hans-Georg Maaßen gemacht wird, ist verfassungsschutzrelevante Delegitimierung der Opposition.

Da fällt mir nur noch ein Zitat des Comedians Ludger K. ein: In der rechten Ecke wird es ganz schön eng! (Zitat aus seinem Programm »Orwell war ein Optimist«, das er 2022/2023 an zahlreichen Orten aufgeführt hat)

Die Einstufung von Hans-Georg Maaßen als rechtsextrem enthält zugleich eine Verharmlosung des NS-Unrechts:

Wer nämlich Menschen wie Hans-Georg Maaßen mit Rechtsextremen gleichsetzt, banalisiert das Treiben derer, die wirklich mit einer ausländerfeindlichen und rassistischen Agenda unterwegs sind.

Wer Menschen wie Hans-Georg Maaßen mit Rechtsextremen gleichsetzt, wirkt dabei mit, dass es immer schwieriger wird, die wirklichen Rechtsextremen



Hans-Georg Maaßen, geboren 1962 in Mönchengladbach, Jurist, war CDU-Mitglied und ab 2012 Präsident des BRD-Inlandsgeheimdienstes mit dem irreführenden Titel »Verfassungsschutz«. 2018 wurde Maaßen von der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel in den Ruhestand zwangsversetzt, weil sich Maaßen gegen das verbreitete Narrativ gewandt hatte, in Chemnitz sei es im August 2018 zu »Hetzjagden« und »Pogromstimmung« als Folge einer tödlichen Messerstecherei dreier Muslime gegen das Opfer, den 35-jährigen Deutsch-Kubaner Daniel H., gekommen.
Foto: Sandy Thieme/BMI/CC

und die Framing-Opfer voneinander zu unterscheiden.

Wer Menschen wie Hans-Georg Maaßen mit Rechtsextremen gleichsetzt, hilft auf diese Weise den wirklichen Rechtsextremen, wieder salonfähig zu werden - eben weil man sie von den Framing-Opfern kaum mehr unterscheiden kann.

Ich schreibe das nicht, weil ich die wirklichen Rechtsextremen salonfähig sehen will. Sondern ganz im Gegenteil deshalb, weil meiner Meinung nach Extremismus von rechts genauso bekämpft werden muss wie Extremismus von links. Und Extremismus von rechts kann nicht bekämpft werden, wenn man ihn als solchen gar nicht mehr erkennt. Wer Menschen aus der Mitte der Gesellschaft an den rechten Rand drängt, holt in Wirklichkeit den rechten Rand in die Mitte der Gesellschaft zurück.

Ihren eigenen politischen Untergang werden die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien auf diese Weise nicht aufhalten, sondern allenfalls hinauszögern können. Das Fatale an der gegenwärtigen Entwicklung ist aber, dass gerade die Spielregeln neu geschrieben werden:

In einer Demokratie, die diesen Namen verdient, gibt es nur einen Weg, den politischen Gegner zu marginalisieren: Man muss überzeugende politische Inhalte anbieten, man muss kompetentes und vertrauenswürdiges politisches Führungspersonal bereitstellen, das glaubhaft für die praktische Umsetzung dieser Inhalte bürgt, und man muss die Fehler im politischen Programm des Gegners knallhart offenlegen - durch schlüssige Argumente im faktenbasierten Diskurs.

Die neuen Spielregeln lauten nun aber, dass die herrschende politische Klasse sich von der Notwendigkeit eines solchen Diskurses dispensiert, indem sie gegen Andersdenkende pauschal die Nazi-Keule schwingt. An die Stelle einer inhaltlichen Auseinandersetzung tritt eine primitive »Ich-habe-recht-und-Du-bist-Hitler«-Attitüde. Und zu den neuen Spielregeln gehört dann auch, dass Personen und Parteien, die an der Macht sind, sich das Recht herausnehmen, die staatlichen Institutionen zum Kampf gegen ihren politischen Gegner zu missbrauchen.

Was wird passieren, wenn sich das Blatt wendet (und es wird sich wenden, wenn die gegenwärtige Politik der Deindustrialisierung, der Zerstörung des Mittelstandes und der Verarmung und Enteignung der Massen nicht schnellstens gestoppt wird)?

Wenn wir Glück haben, wird das Vakuum, das die etablierten Parteien hinterlassen, wenn sich noch mehr Menschen von ihnen abwenden, durch moderate politische Kräfte gefüllt, die die alten Spielregeln von Demokratie und Rechtsstaat wiederherstellen.

Wenn wir aber Pech haben, werden tatsächlich extremistische Kräfte (von welcher Seite auch immer) an die Macht kommen, die dann die »neuen« Spielregeln für den eigenen Machterhalt ausnutzen.

Indem das Bundesamt für Verfassungsschutz Hans-Georg-Maaßen als angeblichen Rechtsextremen beobachtet, wirkt es auf diese Weise am Untergang der Grundwerte unserer Verfassung mit. Das beste Deutschland aller Zeiten ist tief gesunken.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: • Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: • Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regiona • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
NEUZEUG - A: Freitag 17.30 • ORF Regional • Klimavortrag Dr. Strehl
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – :A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALLMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – AU IN DER HALLERTAU, 18 Uhr Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CASTROP RAUXEL, 18:30 Uhr, am Reiterbrunnen – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DINGOLFING, 18 Uhr, bei Expert auf dem Parklatz – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – ELMSHORN, 18:30 Uhr, am Rathaus – FREUDENSTADT, 18 Uhr, Stadtkirche – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GADEBUSCH, 18 Uhr, am Markt – GAILDORF, 18:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAIGERLOCH, 18 Uhr, am Rathaus – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – ILLERTISSEN, 18 Uhr, am Rathaus – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KAHL AM MAIN, 18 Uhr, am Rathaus – KARLSFELD, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUCHHAMMER, 18 Uhr, am Dietrich-Heßmer-Platz – MARIENBERG, 19 Uhr, am Markt – METZINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – MEUSELWITZ, 18 Uhr, am Markt – NECKARTAILFINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – OBERAMMERGAU, 19 Uhr, am Rathaus – PINNEBERG, 18:30 Uhr, am Rathaus – RITTERHUDE, 18 Uhr, am Rathaus – SAULGRUB, 18 Uhr, Rathaus – Zeven, 18 Uhr, Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Termin	Ort	Art
Sa, 3.2.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 3.2.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 3.2.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 3.2.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 3.2.2024 14-16 Uhr	Freiburg im Breisgau, am Stühlinger Kirchplatz	Demo
Sa, 3.2.2024 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 3.2.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 3.2.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 3.2.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 4.2.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 5.2.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.202418-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 5.2.2024 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 5.2.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 5.2.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 5.2.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 5.2.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 5.2.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 5.2.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 5.2.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 5.2.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 5.2.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 5.2.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 5.2.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 5.2.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 5.2.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 6.2.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 6.2.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 6.2.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 6.2.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 6.2.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 7.2.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 7.2.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 7.2.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 7.2.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 7.2.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 7.2.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 7.2.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 7.2.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 7.2.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 7.2.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 7.2.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 8.2.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 8.2.2023 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 8.2.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 8.2.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 8.2.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 8.2.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 8.2.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 8.2.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 8.2.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 8.2.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 9.2.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 10.2.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 10.2.2024 11-16:50 Uhr	Berlin, P&R Pankow-Heinersdorf	Autokorso
Sa, 10.2.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 10.2.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 10.2.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 10.2.2024 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 10.2.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 10.2.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 10.2.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 17.2.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



VOM SEGEN UND VOM KIESELSTEIN

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Wie in den Vorjahren wünschte ich im Dezember vielen Menschen ein gesegnetes Weihnachtsfest. Ein Freund bedankte sich für meinen Gruß, ergänzte das aber mit der Frage, ob ich religiös geworden bin. Nein, es fällt mir schwer, an höhere Wesen zu glauben, die unsere Geschicke leiten sollen. Dabei ist es egal, ob es sich um eine monotheistische oder polytheistische Religion handelt. Ich zähle mich zu den Agnostikern, bekenne gleichwohl, nicht in einer gottlosen Gesellschaft leben zu wollen.

Der Segen und das Segnen haben unter anderem im Christentum eine wesentliche Bedeutung, was hier aber nicht umfassend erläutert werden kann. Nur soviel sei erwähnt: Zweck des Segnens beziehungsweise eines Segenswunschs ist es, für andere von ganzem Herzen gute Dinge, gerne auch verbunden mit der zusätzlichen Unterstützung Gottes, zu erhoffen. Ferner können Gegenstände wie Häuser oder Schiffe einen Segen erhalten. In der Landwirtschaft ist ein ausreichender Regen im Mai definitiv segensreich. Ein Arzt gab mir einmal den Tipp, das Essen zu segnen. Derartige Psychohygiene macht die Nahrung bekömmlicher, was dann der Gesundheit zuträglich ist.

Was das nun alles mit dieser Zeitung zu tun hat? Wir können positive Widerstände außerhalb der Strafrechtsnorm des Paragraphen 113 StGB setzen und wir können Widerstände überwinden. Es ist lohnenswert, wohlvertraute Traditionen – ob religiös erklärbar oder nicht – lebendig zu halten. In einer zunehmenden Unübersichtlichkeit sollten wir gewisse Werte beibehalten und unsere Stimmen gegen den Zeitgeist erheben. Widerspruch kann nicht nur richtig sein, sondern auch freundlich daherkommen.

Manfred war ein Kollege auf einer meiner Dienststellen, der das Motto »Ich möchte der Kieselstein im Schuh der Vorgesetzten sein!« pflegte. Diese konnten sich seiner Loyalität und Unterstützung bei allen sachorientierten Dingen sicher sein, mussten aber immer mit einem gut begründeten Widerspruch bei Diskussionen und Führungsentscheidungen rechnen. Es war bei weitem nicht allen Vorgesetzten möglich, ihm in seinem Wissen und der Stichhaltigkeit seiner jeweiligen Argumentation »das Wasser zu reichen«. Ob Firma, Behörde, Verein oder Regierung und Parlament: Es sind die Kieselsteine in den Schuhen der Entscheidungsträger, die Demokratie lebendig und sinnvoll machen. Verfassungsanspruch und -wirklichkeit bedürfen eines steten Abgleichs. In diesem Sinne wünsche ich den Lesern sowie allen Mitwirkenden dieser Zeitung (etwas verspätet) ein behütetes und gesegnetes Jahr 2024.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de

ANGRIFF AUF UNS

Am Dienstagmorgen drang das Terrorregime in die Wohnung des Pressefotografen Georgi Belickin ein. | BERICHT von Anselm Lenz



Unter dem Vorwand, dass dieses Foto von der Demonstration am 19. August 2023 in Wuppertal »verboten sei« und eine besondere »Schwere der Tat« vorläge, drangen bewaffnete Beamte in die Wohnung unseres Kollegen ein. Er musste dieses Bild im Beisein der Rotte löschen, wir hatten es jedoch noch in unserem System als Dokument der Zeitgeschichte. Foto: Georgi Belickin/DW. 7

Der ruhige Pressefotograf und Technikexperte für Dieselmotoren ist im Gespräch mit uns schon wieder bei sich und konzentriert. »Wenn ich daran denke, wie die mit der Krankenschwester Sabrina Kollmorgen umgegangen sind, war das hier fast schon zivilisiert!« Der Schock sitzt trotzdem tief. Unser Kollege Georgi Belickin ist vom Regime überfallen worden.

Am Dienstagmorgen macht sich Herr Belikkin bereit für das »Home Office«, die Heimarbeit an Rechner und Telefon. Er steht um kurz vor 8 Uhr mit dem Kaffee auf seiner Terrasse, gleich gehts ans Werk. Da klingelt es an der Tür. Eine Rotte von Personen in schwarzen Plastikjacken mit Polizeiaufdruck hat sich vor seiner Wohnung versammelt, dazu Ordnungsamt. Belickins Hunde bellen, was macht die Meute auch hier in aller Frühe? Eine allgemeine Unruhe und Bewegung findet statt, Belickins Sorge: Dass die Beamten den Hund erschießen könnten. Mit im Haus, Belickins gebrechliche Mutter, die demenzkrank ist und gepflegt werden muss. Allgemeine Verwirrung im Flur.

SCHWEINEREGIME WILL REIN UND RAN

Belickin arbeitet hauptberuflich als Techniker für spezifische Beratungen für landwirtschaftliche Dieselmotoren. Seinen Namen hat er von seinem ungarischen Vater, seinen Geburtsort Belgrad von dem vorübergehenden Arbeitsort seiner Eltern. Sein Vater war Hirnchirurg und wechselte im Austausch der sozialistischen Brudervölker zwischenzeitlich nach Jugoslawien. Die hochschwangere deutsche Mutter kam mit, Georgi wurde während des Kurzeinsatzes in Belgrad geboren. Aufgewachsen ist Belickin durchweg in Deutschland. Die qua Geburtsort verliehene jugoslawische (später serbische) Staatsbürgerschaft legte Belickin Anfang der 2000er Jahre nieder. Seither ist er nur noch Staatsbürger der BRD.

Die niedersächsischen Beamten und Regimemitarbeiter geben sich zunächst betont »nett«, wie Belickin am Tag danach ausführt. Doch das Schweineregime will rein und an seine Pressofotografien, wird ihn zur Löschung zweier Bilder an den Rechner nötigen. Dir Drohung: Man nehme sonst seine gesamte Berufsausrüstung mit, Arbeitsrechner für Haupt- und Nebenberuf, Fotokameras, Teleobjektive, Telefone, Speichermedien, Unterlagen. Bekannt ist, dass Polizeitrupps auch verwüstete Wohnungen hinterlassen.

In den Untersuchungsunterlagen des Regimes, die bei Belickin verbleiben und DW vorliegen, wird Belickins zweite, längst niedergelegte, Staatsbürgerschaft genannt: »serbisch / montenegrinisch«. Frage: Wie kommt das kriminelle Schweinepack an die – auch noch falsche – Information? Weiter heißt es in den Papieren: »Verdacht des Verstoßes gegen das Kunsturhebergesetz.« Die offenbar politisch oder militärisch unter Druck gesetzte Richterin Kalvelage am Amtsgericht Osnabrück ordnete laut Beschluss sogar »Beschlagnahme von Speichermedien« an, »Laptops, Tablets, Smartphones, SD-Karten, welche zum Speichern und Verbreiten der vorgenannten Fotos benutzt wurden«.

Das findet am Dienstag nicht statt, zu eindeutig ist die Professionalität Belickins. Vor allem sollen die Beamten im Auftrag perverser Staats- und Konzernpfeifen eines: Angst und Schrecken verbreiten, einschüchtern. »Die wollten mir vorführen, dass sie jetzt alles machen könnten«, so Belickin in den Gesprächen in der DW-Redaktion am Dienstagnachmittag und Mittwoch. Belickin stimmt der Durchsuchung nicht zu, unterschreibt nichts, »unter keinen Umständen«, wie jeder Anwalt möglichen Opfern des BRD-Staates rät. Trotzdem wird Belickin den Staatstrupp an seine Sachen lassen, darunter wichtiges Pressematerial, das unter Verschluss ist. Die Beamten werden Belickin zudem dazu nötigen, zwei Fotografien aus dem Telegram-Kanal seines Agenturangebots »GBFreiheitsfoto« zu löschen. Sie schauen ihm dabei über die Schulter und fotografieren den aufgenötigten Löschvorgang, den Belickin in der Angst vor der Verwüstung seiner Wohnung durchführt.

Es geht um zwei Fotografien vom 19. August 2023 in Wuppertal. Die Bilder zeigen zwei Polizisten in menschlich-nachdenklicher Haltung in der Umgebung ihres Einsatzes auf einer Demonstration mit Demonstranten im Bild. Ihre Dienstnummern auf den schwarzen Uniform-Overalls sind gut zu erkennen. Die Frau und der Mann, die wir Steuerzahler tragen, erscheinen in Belikkins Fotografien würdig, stolz, menschlich – aber nachdenklich. Ihre Augen sprechen. Ist da Herz dabei, ein Gewissen? Das Regime dreht durch: Polizisten dürfen keine Menschen sein!

Georgi Belickin ist seit langer Zeit Pressefotograf, nebenberuflich und für Online-Seiten und Printpresse, vor allem für diese Zeitung – er ist DER DW-Fotograf. Im Zuge dessen widmet er sich seit 2021 »der gelebten Geschichte«, wie er einmal gegenüber der DW-Wortredaktion ausführte, »der interessantesten und größten Bewegung mindestens seit 1989«. »Wenn man auf meinen Bildern sehen kann, was für freundliche Menschen an den Demos teilnehmen, was sie auf die Schilder und Plakate geschrieben haben, dann hilft das gegen die Entmenschlichung«.

Das gilt auch für die Polizisten. Die »Verantwortlichen« aber lassen seit 2020 in der Manier antisemitischer Nazi-Propagandamethoden – wenn überhaupt – nur noch gesichtslose Horden abbilden, hinter Polizeibarrikaden. Allenfalls erzürnte Gesichter in krummen Posen oder mit weit aufgerissenen Müdern schaffen es mal in die Porträtdarstellung. »Wir Bildjournalisten haben hier eine Dokumentaristenpflicht«, erklärt der DW-Fotograf wie die Ruhe selbst. Wir sind alle Menschen und keine Massen, die man totspritzen oder »wegkloppen« darf.

WIDER DIE ENTMENSCHLICHUNG

»Die Bilder wurden auf seinem Telegram-Kanal wie für Pressefotografie mit Ort und Datum beschriftet. Aus dem Zusammenhang der Bildfolge wird klar, dass es sich hier keinesfalls um einen Aufruf oder das gezielte Herauspicken einzelner Personen handelt, sondern um eine journalistische Dokumentation des relevanten Zeitgeschehens im öffentlichen Raum«, so der Journalist und Verleger Hendrik Sodenkamp im Schriftverkehr mit mehreren offen und verdeckt arbeitenden hohen Juristen im DW-Umfeld nach dem Zugriff auf unseren Kollegen. Die Demokratiebewegung hat auch im Staatsapparat »ihre« Leute, oftmals ehemalige Linke, Grüne, Sozial- und Christdemokraten, die die Verbrechen des Agenda-Regimes einfach nicht mehr aushalten, sich aber im Apparat zunächst nichts anmerken lassen.

»Der Zugriff der Polizei geschah ohne Ankündigung, Vorwarnung und ohne jedweden Schriftverkehr im Vorfeld. Die Truppen sind in aller Frühe einfach da und drängen ihn, dass seine Pressefotos gelöscht werden. Georgi Belickin ist Mitglied im Journalistenverband VJJ-BB und ist im Besitz eines Presseausweises«, führt Sodenkamp weiter aus. Der Verband ist seit Mittwochmorgen für den Bildjournalisten aktiv. »Unser Fotograf veröffentlicht seine Bilder – in Absprache mit unserer Zeitung – auch auf seinem Telegram-Kanal und stellt sie so auch anderen Medien zur Verfügung. Sein Telegram-Kanal übernimmt somit für seine Tätigkeit als Pressefotograf die Funktion einer Bildagentur-Seite ähnlich etwa alamy.com, wo Medien sich ihre Fotos suchen können.«

Für uns in der DW-Redaktion in Berlin ist am Dienstagmorgen die letzte rote Linie überschritten worden: Der Angriff auf unseren Kollegen. Seither scheint nichts mehr, wie es war. Die Losung: »Wer uns angreift, macht uns nur stärker und entschlossener!« Und so schreibe ich diesen Artikel mit den Gefühl, dass ich bereit bin, wenn es an der Haustür klingelt. Schon bei der fingierten Terrorverhaftung des Regimes gegen den großen Bürgerrechtler Michael Ballweg im Juni 2022 war klar: Gegen das Schweineregime hilft nur der totale Widerstand. Das Fass ist jetzt auch für uns zum Überlaufen gebracht worden. Der Angriff auf unseren bescheidenen, fähigen, klugen und zutiefst sympathischen Kollegen Georgi Belickin und dessen Mutter ist zuviel. Für mich ist klar: »Wir mobilisieren jetzt zum Kampf gegen ein Regime, das sich und seine willigen Vollstrecker selbstdelegitimiert hat!«



Unter dem Vorwand, dass dieses Foto von der Demonstration am 19. August 2023 in Wuppertal »verboten sei« und eine besondere »Schwere der Tat« vorläge, drangen bewaffnete Beamte in die Wohnung unseres Kollegen ein. Er musste dieses Bild im Beisein der Rotte löschen, wir hatten es jedoch noch in unserem System als Dokument der Zeitgeschichte. Foto: Georgi Belickin/DW.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Neue Normalität«

Das Regime schnappt in seinem Niedergang wie ein durchdrehender Waschbär um sich

Von Hendrik Sodenkamp

Die umstrittene Bundesinnenministerin Nancy Fäser sieht die Gefahr klar vor Augen: Immer weniger Menschen glauben den Regierungslügen, wenden sich vom Nato-WEF-Oligarchen-Regime ab und fordern eine selbstbestimmte Politik.

Es geht nicht mehr lange gut für die Parteien-Herrschaftskaste. Das weiß die in Hessen gescheiterte Politikerin und setzt auf eine letzte Karte: den Kampf gegen »Desinformation«. Auch in dieser Agenda ist die Bundesrepublik »eingebettet«. Schlagen doch sowohl Ursula von der Leyen (siehe Seite 10) als auch die die US-amerikanische Kriegstreiberin Nancy Pelosi unisono die gleichen Töne an. Der Protest gegen den neuen Nahost-Krieg sei von Putin gesteuert, so Pelosi. Ebenso die Forderung nach Frieden in der Ukraine, so von der Leyen und Fäser nach aufgeblähten »Enthüllungen« über russischen Einfluss auf der Kurznachrichtendienst-Seite X (ehemals Twitter), dessen neuer Chef und Oligarch Elon Musk diese Woche nun Gehirn-Chips präsentierte, mit denen man sein Handy Kraft seiner Gedanken nutzen können soll.

Fäser pfeift aus dem letzten Loch: Aufstände, wohin sie blickt. Die Menschen in Deutschland haben die Faxen dicke: Todesspritzen, Krieg, Verarmung und Staatsterror sind einfach zu viel für die Deutschen, die in der Mehrheit einfach ein angenehmes, friedliches und selbstbestimmtes Leben führen wollen. Und sie gehen auf die



München am 28. Januar 2024. Eine revolutionäre Stimmung ergreift Deutschland. Foto: Telegram/DW.

Straße, auch angetrieben durch die Informationen, die diese Zeitung liefert. Darum greift Fäser nun also unsere Fotojournalisten an. Es ist nicht die erste Hausdurchsuchung, die an den Demokraten der neuen Friedens- und Verfassungsbewegung verbrochen wird. Das Ziel: Einschüchterung und öffentliche Stigmatisierung, wo Menschen einfach ihre Arbeit als Journalisten machen. Professionalität darf nicht sein, so Fäser.

Denn: Der Alltag (immerhin der Ressorttitel dieser Seite) in der BRD der Gegenwart ist dieser. Wo die Spritzen-Nato-Oligarchen-Junta angreift, gehen die Menschen in den Widerstand. Und das überall. Seit dem 28. März 2020 in sämtlichen Regionen unseres Landes.

The Revolution will not be televised (dt. etwa: »Es wird keinen Brennpunkt im Fernsehen geben«) heißt es richtig. Die »Neue Normalität«, die »Zeitenwende«, ist dies: Wir werde erst Ruhe geben, bis wir selbstbestimmt – und das heißt mit einer Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes – leben können.



Amberg in der Oberpfalz am 29. Januar 2024 mit Gelbwesten. Foto: DeFo-Norbert/telegram/DW



Bautzen am 29. Januar 2024. Demokraten erheben sich seit mittlerweile vier Jahren in sämtlichen Regionen unseres Landes. Foto: Telegram/DW.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

LESERBRIEFE DW162

»SCHEISSE, DU!!«

Ich hatte Euer Mistgabelblatt hier im Kasten und kann nur sagen, Scheiße Du!! Ich habe schon vor 10 Jahren gesagt, da stimmt was nicht, die Amis drehen völlig durch, bevor sie untergehen. Aber dass ihr das dermaßen ausschlachtet, wie die sich drehen und winden, ist schon frech. Ich gebe zu, ich war 2021 schon Abonnent nach den verbotenen Querdenken-Demos in Berlin und war sogar auf der Lessingbrücke dabei (bei Euch auf dem Foto ganz rechts am Rand, bin aber eher links oder war es mal). [...] Ich finde es einfach nur scharf, dass Ihr das weiter so durchzieht, Ihr gehört gerade zu den Wenigen, die richtig was können und das konstant durchziehen. Ich dachte damals schon, die werden es noch weit bringen, bis nach ganz oben. – Dietmar O., Korbach

MISTGABEL

Super Titelgrafik, auch der Text von Rudolf Brandner, der viel rumging. Ich glaube, etwas anderes als dieser bürgerliche Ansatz bringt gerade nichts. Wir sind keine »Antisemiten« und so weiter! Gut gefällt mir, dieser dialektische Ansatz bei Ihnen. [...] Wenn ich mir diesen ganzen Wahnsinn mit dem WHO-Pandemievertrag so ansehe, den UN (US!!) Migrationspakt, die Digitalisierung, 5G, die Spike-Proteine in den Impfungen... da kann ich nur sagen, die meisten Leute sind einfach zu bräge , um zu bemerken, dass sie abgeschlachtet werden sollen. [...] Grüße von der Friedenseiche
– Marlies de Wink, Kyritz an der Knatter

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
instagram.com/demokratischerwiderstand
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

»Viele Landwirte bringen sich um«

Interview mit Biobauer Thomas Essig über die dramatischev Situation in der Landwirtschaft und die anhaltenden bundesweiten Proteste | Von Klaus Müller

DW: Wie zufrieden sind Sie mit den Bauernprotesten?
Thomas Essig: Das Engagement meiner Berufskollegen ist hervorragend. Aber wir haben ein Problem: Viele Bürger in unserem Land haben leider noch immer nicht kapiert, dass es ihnen selbst bald an den Kragen gehen wird, sofern es nicht zu einem grundlegenden Politikwechsel kommt. Es ist zwar nett, wenn die Menschen am Straßenrand stehen, uns einen nach oben gerichteten Daumen entgegenstrecken oder applaudieren, aber es wäre viel wichtiger, dass sie mit uns und dem Mittelstand auf die Straße gehen und sich mit uns solidarisieren. Ich glaube, vielen geht es einfach noch zu gut, obwohl der Abwärtstrend unseres Landes überall zu sehen ist.

DW: Was meinen Sie?
T.E.: Es gibt in Deutschland immer mehr Menschen, die hungern, weil sie sich kaum noch das Essen leisten können. Oftmals sind es Rentner, die 45 Jahre oder mehr ihres Lebens geschuftet haben. Die gehen dann Flaschen sammeln. Mir kommen die Tränen, wenn ich derartige Schicksale sehe.

DW: Auch den Landwirten geht es EU-weit immer schlechter. Wie das Branchenmagazin *agrarheute* berichtete, sollten sich laut einer Erhebung aus 2017 allein in Frankreich 650 Landwirte jährlich das Leben nehmen. Aktuelle Zahlen werden wahrscheinlich noch höher liegen. Hauptgründe sind Existenzängste und eine permanente Überarbeitung.
T.E.: Die Situation dürfte in Deutschland ganz ähnlich sein: Auch hier bringen sich viele Landwirte um. Allein in meinem Dunstkreis begingen in den vergangenen sechs Monaten drei Berufskollegen Selbstmord. Es ist erschreckend.

DW: Apropos Frankreich: Auch dort demonstrieren die Bauern gegen den *Green Deal* der EU und zwar wesentlich heftiger als hierzulande. Können die deutschen Bauern von ihren französischen Kollegen noch etwas lernen?
T.E.: Die Demonstrationskultur in Frankreich ist eine andere als bei uns. Das sollte man nicht miteinander vergleichen, zumal es dort ein anderes Rechtssystem gibt. Wir tun gut daran, unsere Demos anzumelden und friedlich auf dem Pfad der Demokratie zu bleiben. Liefe es anders, würden wir mit Sicherheit den Rückhalt der Bürger verlieren. Wir sind zudem sehr froh darüber, dass die Polizei bislang sehr besonnen agiert. Auch auf unsere Art und Weise erreichen wir mit unseren Aktionen viel Aufmerksamkeit. Am 27. Januar war ich in Hornbek in Schleswig-Holstein an der A24 vor Ort mit weiteren 1.500 Protestlern – nicht nur Bauern, auch Handwerker und Spediteure waren dabei – und etwa 600 Traktoren. Und am Montag wurde in Hamburg der Verkehr zeitweise zum Erliegen gebracht. Zudem gab es die komplette Woche an vielen anderen Orten weitere Aktionen.



Auf YouTube ist Thomas Essig schon lange bekannt als der »Bauer aus der Mark«: Zehntausende sehen seine Videos. Der 58-Jährige hat im Landkreis Ostprignitz-Ruppin (Brandenburg) 53 Hektar bestellt. Doch von der Landwirtschaft allein kann er nicht leben, deshalb bietet er Industrie-, Bau- und Landwirtschaftsservice sowie Lohnarbeiten an. Foto: privat.

DW: Joachim Rukwied, Präsident des Bauernverbandes, steht zunehmend in der Kritik. Ihm wird ein Kuschelkurs mit Politik und Wirtschaft vorgeworfen...
T.E.: ...und das völlig zurecht. Als Interessenvertreter der Landwirte ist er unglaubwürdig, weil er nicht unabhängig ist. Er sprach bei unserer Demo am 18. Dezember in Berlin noch von kompromisslosen Forderungen. Jetzt, so ist mein Gefühl, hat er Angst, von den Politikern verhauen zu werden.

DW: Was fordern Sie, abgesehen von der Agrardieselrückerstattung und der Rücknahme der Kfz-Steuererhöhung, von der Politik?
T.E.: Grundsätzlich fordere ich eine Politik nicht für andere, sondern für das eigene Volk – für unsere Zukunft, für unsere Kinder, für unsere Alten, die das Land aufgebaut haben und für unseren Wohlstand. Statt ins eigene Land wird in einen sinnlosen Krieg investiert. Ein großes Ärgernis für uns Landwirte ist der ausufernde Bürokratiewahnsinn, der uns Landwirte regelrecht erschlägt. Jeder Politiker, der sich in den vergangenen 30 Jahren auf die Bühne gestellt hat, versprach uns Bürokratieabbau – wie jetzt auch Christian Lindner bei der Demo am 15. Januar in Berlin.

DW: Und?
T.E.: Das sind alles nur leere Versprechungen. Denn was ist in dieser Zeit passiert? Es wurde alles immer nur schlimmer. Man kann uns Bauern doch nicht sagen, wir sollten nachhaltiger werden. Wenn wir nicht nachhaltig wirtschaften würden, wäre Deutschland längst eine Wüste. Wir sind seit Generationen tätig. Wie sollte das ohne Nachhaltigkeit funktionieren? Aber wir müssen uns von einem Hühnerwestenverkäufer *(Landwirtschaftsminister Cem Özdemir äußerte 2022 die Idee, dass Hühner Warnwesten tragen sollten, um sie vor Habichtangriffen zu schützen, wofür er Spott und Häme erntete/Anm. d. Red.)* sagen lassen, wann wir unseren Acker zu pflügen haben und wann nicht, wann wir zu düngen haben und wann nicht. Özdemir hat Anthony Lee und mich schon vor zwei Jahren als Scharfmacher bezeichnet, die wir aber gar nicht sind.

DW: Sondern?
T.E.: Wir sind normale, bodenständige Menschen, die in der Realität leben. Im Gegensatz zu Özdemir wissen wir, wovon wir reden. Aber es ist offensichtlich: Man will die Landwirtschaft, wie wir sie alle kennen, abschaffen *(siehe Interview mit Peter Guhl von den Freien Bauern in DW 160/Anm. d. Red.).* Mit nachhaltiger Ernährung und Umweltschutz hat all das nichts zu tun. Einzig das Großkapital profitiert. Es geht offensichtlich darum, die Menschen abhängig machen und komplett kontrollieren zu wollen. Auch andere Dinge zeigen klar in diese Richtung, etwa die drohende Abschaffung des Bargeldes. Aber viele Menschen merken das nicht, sie sind immer noch nicht aufgewacht. Ich fühle mich aufgrund des Kontrollverhaltens der EU schon jetzt massiv in meiner Freiheit eingeschränkt.

DW: Sie halten in den sozialen Medien mit Ihrer Meinung nicht hinterm Berg: Für Sie begann der Ukrainekrieg bereits 2014 mit dem Putsch auf dem Maidan und nicht, wie es die Leitmedien hierzulande berichten, erst am 24. Februar 2022. Sie kritisieren die Gendersprache als Gaga und die Regenbogenfahne als ein buntes Symbol, das von Ideologen eingeführt wurde. Sie verurteilen, dass man auf Demos nicht mehr die Nationalhymne singen und die Nationalflagge schwenken dürfe, ohne angefeindet zu werden. Wo sind wir im Deutschland 2024 angekommen?
T.E.: Im absoluten Wahnsinn. Anders kann man das nicht mehr formulieren. Auch im Ausland wundern sich alle und fragen: Was ist bloß los bei euch in Deutschland?

DW: Wann sind Sie »aufgewacht«?
T.E.: Kritisch war ich schon immer, schließlich bin ich in der DDR aufgewachsen. Wir Ostdeutsche haben damals gemerkt, dass die Politik es nicht immer gut mit uns meint und uns anlügt. Ich erinnere mich noch gut an 1989: Die Proteste fingen klein an, doch die Menschen wurden immer mutiger, die Demos immer größer. Ich bin 2021 für die FDP in meinem Wahlkreis als Direktkandidat zur Bundestagswahl angetreten. Ich wollte etwas verändern und bewirken, dass Entscheidungen auf Grundlage von Fachwissen getroffen werden, doch das hat leider nicht funktioniert. Die Rede von Christian Lindner am 15. Januar verdeutlichte, dass er unter einem kompletten Realitätsverlust leidet. Für mich brachte sie das Fass zum Überlaufen, weshalb ich nun aus der Partei ausgetreten bin.

DW: Am Freitag (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) wollte die Bundesregierung den Haushaltsplan inklusive der Kürzungen bei den Landwirten in Höhe von 900 Millionen Euro verabschieden. Wie geht's nun weiter?
T.E.: Wir müssen mit den Protesten weitermachen – wenn nötig, die Straßen an allen fünf Werktagen blockieren – und die Bürger aufklären und wachrütteln. Ohne sie an unserer Seite werden wir es nicht schaffen.

DW: Herr Essig, wir danken Ihnen für das Gespräch.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

DIE PLEITEN NEHMEN ZU

Es gibt viel zu retten in diesen Tagen. KaDeWe und Galerie Kaufhof sind einige der namhaften Größen, die durch Insolvenzen und Eigentümersuche auf sich aufmerksam machen.

Ja, das muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen: Sie sind quasi bankrott und werben bei potenziellen Interessenten damit, dass diese vor dem Erwerb ein Geschäftskonzept zur Sanierung einreichen sollen. Das ist ungefähr so, als müsste man vor dem Kauf eines schrottreifen Autos einen Plan zur Wiederinbetriebnahme liefern. In beiden Fällen dürfte der mögliche Erwerber kaum aus dem eigenen Lande kommen. Schade, aber so verschwinden namhafte Unternehmen mit einer weitreichenden Geschichte immer schneller von der Bildfläche. Nicht neu, aber immer deutlicher zu sehen.

Der Arbeitsmarkt spricht eine ebenso klare Sprache: 2,8 Millionen Arbeitslose im Januar, 170.000 mehr als im Dezember und 190.000 mehr als im Januar 2023. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,1 Prozent. Oh ja, und es gibt stille Reserven, das sind jene, die nicht in der offiziellen Statistik der Arbeitsagentur geführt werden, in 2021 waren das sage und schreibe etwa 800.000 Menschen. Insgesamt dagegen stehen aktuell rund 700.000 offene Stellen. Frau Nahles, Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit (BA), bekannt für linke Sprüche, betont dabei fleißig, dass »sich der Arbeitsmarkt zu Jahresbeginn trotz der anhaltenden Wirtschaftsschwäche stabil zeigt«. Stabil ist allenthalben Frau Nahles Gehalt, das wohl bei rund 200.000 Euro liegen dürfte. Ist doch prima, die Parteifreundin vom Kanzler zu sein, auch wenn man einen Job auf dem Abschiebebahnhof des Bundesfinanzministeriums bekommen hat.

Wir suchen also Facharbeiter aus dem Ausland, für einen mehr als unattraktiven deutschen Arbeitsmarkt. Laut BA werden 400.000 pro Jahr gebraucht, um der demografischen Zukunft entgegenzuwirken. Wir hatten im Januar 18.000 offene Ausbildungsstellen, denen etwa 28.000 suchende junge Menschen gegenüberstanden. Das ist Bundesarbeitsminister Heil samt unserem Bundespräsidenten sogar eine Reise nach Vietnam wert. Das macht man eigentlich nur, wenn einem das eigene Volk nichts wert ist. Traurig, aber wahr. Wahrscheinlich ist Vietnam als eines der letzten kommunistischen Länder weltweit mit einem Einparteiensystem eben immer eine Reise wert. Bekommen sie mit, was im eigenen Land los ist? Nein, und deshalb gehören sie auch abgetreten, zur Not mit der verbalen Mistgabel. Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

VON DER LEYEN UND MILEI WEISEN DEN WEG

Auf dem diesjährigen Gipfel des Weltwirtschaftsforum wurde der Fahrplan vorgestellt | Von Ernst Wolff

Die Welt wird in unserer Zeit vom mächtigsten Kartell in der gesamten Geschichte der Menschheit beherrscht. Es besteht aus den größten Vermögensverwaltern der Wall Street und den IT-Giganten des Silicon Valley.



Foto: CC/World Economic Forum/Michael Calabrò

Wie wir in den vergangenen dreieinhalb Jahren vor allem im Rahmen der Gesundheitskrise erfahren haben, hat sich dieser digital-finanzielle Komplex mittlerweile so gut wie alle Regierungen der Welt unterworfen. Geholfen haben ihm dabei zahlreiche mächtige internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die Weltgesundheitsorganisation oder das World Economic Forum, die er alle zu Instrumenten seiner Agenda gemacht hat.

Seit einiger Zeit allerdings kämpfen sowohl der digital-finanzielle Komplex als auch die von ihm gesteuerten Organisationen mit zwei großen Problemen: Zum einen ist das Geldsystem, unter dem wir seit mehreren hundert Jahren leben, auf Grund der jahrzehntelangen Manipulation unwiderruflich zerbrochen und muss durch ein neues ersetzt werden. Zum anderen steht der globale Arbeitsmarkt auf Grund des rasanten Fortschritts der Künstlichen Intelligenz vor dem größten Einbruch seiner Geschichte. Beide Probleme gefährden die globalen gesellschaftlichen Strukturen und stellen so die bestehenden Herrschaftsverhältnisse grundlegend in Frage.

Wie reagiert das herrschende Kartell auf diese Situation? Ganz einfach: Indem es die Gangart auf allen Ebenen drastisch verschärft. Wir erleben seit März 2020, wie eine winzige Minderheit uns unsere Rechte auf nie gekannte Weise entzieht, unseren Lebensstandard senkt und das in seine Endphase eingetretene Geldsystem rücksichtslos plündert. Als Vorwand für diese Verschärfung haben den Verantwortlichen zunächst eine Krankheit und dann der Klimawandel gedient. Doch mittlerweile verfehlen beide Narrative in breiten Teilen der Bevölkerung zunehmend ihre Wirkung. Das stellt für die Elite natürlich eine gewaltige Bedrohung dar, denn das bedeutet nicht nur Glaubwürdigkeits- sondern vor allem Kontrollverlust.

Um diesen Kontrollverlust zu verhindern und an den Hebeln der Macht zu bleiben, gibt es für die herrschende Elite in der gegenwärtigen Situation nur ein Mittel: Sie muss die Zügel weiter anziehen, jeglichen Widerstand gegen ihre Maßnahmen aus dem Weg räumen und zu diesem Zweck wirtschaftlich, politisch und medial alle verfügbaren Mittel einsetzen. Wie der Weg, den sie einschlägt, konkret aussieht, das zeigen vor allem zwei Reden, die am diesjährigen Jahrestreffen des WEF in Davos gehalten wurden.

FLINTENUSCHI UND KETTENSÄGEN-PRÄSI

Zum einen die von Ursula von der Leyen. Die EU-Kommissionspräsidentin, ein langjähriges Vorstandsmitglied des WEF, sagte in ihrer Rede: »Für die globale Geschäftswelt ist die größte Sorge in den nächsten zwei Jahren nicht der Konflikt oder das Klima, sondern Fehlinformation und Desinformation.«

In anderen Worten: Es wird vor allem darum gehen, vom Mainstream abweichende Meinungen zu zensieren, um jede Art von Kritik an den geplanten Maßnahmen auszuschalten. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür hat die EU bereits geschaffen. Der Digital Service Act, das Gesetz für digitale Dienste, das Verbraucher im Netz besser vor Desinformation und Hassrede schützen soll, ist schon im Oktober 2022 auf den Weg gebracht worden.

Einen weiteren Hinweis darauf, was die Welt in der nahen Zukunft erwartet, gab der Auftritt des neu gewählten argentinischen Präsidenten Javier Milei. Um seine Ansprache richtig einordnen zu können, muss man Folgendes wissen: Argentinien hat 2018 den höchsten jemals vom Inter nationalen Währungsfonds (IWF) vergebenen Kredit über 57 Mrd. Dollar aufgenommen, von denen heute noch 44 Mrd. zur Rückzahlung anstehen. Eine solche Verschuldung hat natürlich Folgen, denn der IWF verlangt für seine Kredite nicht nur Zinsen, er bindet diese Kredite auch an harsche Bedingungen. Er gibt den Empfängerländern genau vor, in welchen Bereichen sie Einsparungen oder Preiserhöhungen vorzunehmen haben, wo sie Steuern und Abgaben heraufsetzen und welche zusätzlichen Bedingungen sie zu erfüllen haben. In anderen Worten: Der IWF entzieht den Empfängerländern die finanzielle Souveränität.

Für Argentinien hat das in den vergangenen Jahren bedeutet: Die argentinische Geldpolitik wurde nicht in Buenos Aires, sondern in Washington in der Chefetage des IWF festgelegt. Und die ganzen Maßnahmen, die angeordnet wurden, haben nicht etwa dem argentinischen Volk, sondern ausschließlich dem von den USA gesteuerten IWF und den von ihm begünstigten Kräften genützt. – Was aber hat Javier Milei am 10. Januar – also genau acht Tage vor seinem Auftritt in Davos – gemacht? Hat sich der Kettensägen-schwingende selbsternannte Anarcho-Kapitalist dem Diktat des IWF widersetzt? Absolut nicht. Im Gegenteil: Er hat sich dem IWF – genau wie seine von ihm aufs Schärfste kritisierten Vorgänger – wie ein vor seinem Herrn kriechender Hund vollständig und rückhaltlos unterworfen.

Milei hat mit Unterstützung des von ihm ernannten Wirtschaftsministers und des von ihm eingesetzten Chefs der Zentralbank – die er ja eigentlich in die Luft jagen wollte – die Freigabe einer weiteren Tranche des laufenden Kredits über 4,7 Mrd. US-Dollar vereinbart und damit die Autonomie über die Finanz- und Wirtschaftspolitik Argentiniens für die eigene Amtszeit vollständig aus seinen Händen gegeben. Etwas banaler ausgedrückt: Nicht Javier Milei, sondern der IWF entscheidet in den kommenden Jahren über die Staatsfinanzen Argentiniens – und das heißt angesichts der enormen Schuldenlast nichts anderes, als dass der argentinischen Bevölkerung das bisher härteste Austeritätsprogramm in ganz Südamerika aufgezwungen werden wird.

Dass ausgerechnet ein Mann, der seine eigene Nation kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten einer vom Ausland gesteuerten Organisation unterordnet und damit alle Selbstbestimmtheit aufgibt – dass ein solcher Mann in Davos auftreten und sich dort vor versammeltem Publikum auch noch als radikaler Vorkämpfer finanzieller Freiheit inszenieren durfte, das sollte man jedoch nicht als Realsatire abtun. Das Ganze war von den Machern des Treffens mit Sicherheit sorgfältig geplant und inszeniert: Der internationalen Öffentlichkeit sollte damit nämlich – zusammen mit Ursula von der Leyens Rede – gezeigt werden, wohin der Weg in der vor uns liegenden Periode führt:

Während man Kritiker unter dem Vorwand, gegen Fehl- und Desinformation vorzugehen, einer eisenharten Zensur unterwirft, setzt man, wenn es um die eigene Politik geht, auf genau diese inzwischen vollkommen schamlose Irreführung der Öffentlichkeit – und setzt mit der üblichen Arroganz darauf, dass die Mehrheit der Menschen nicht in der Lage ist, dieses schäbige Spiel zu durchschauen.



Ernst Wolff gilt als herausragender Finanzexperte und kritischer Autor (zuletzt das Buch »WEF«, Klarsicht, Hamburg 2022).

Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Journalistenplattform apolut.net, wo er als Audiostrecke verfügbar ist.

MELDUNG

FIRMENPLEITEN UND STELLENABBAU SCHREITEN MASSIV VORAN

Halle/Berlin/DW. Ein Wirtschaftsstandort schafft sich ab. Die ideologiegetriebene Politik der Ampelregierung hat immer mehr negative Folgen. So nimmt die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland dramatisch zu. Laut dem Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) gab es im Dezember 2023 insgesamt 1.078 Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften. Dies sei der höchste Dezemberwert seit Beginn der Datenerfassung 2016 und rund ein Viertel (!) mehr als noch im Vorjahreszeitraum. Zuletzt meldete u.a. die Ritzenhoff AG aus Marsberg (Sauerland), einer der bekanntesten Hersteller von Gläsern, Insolvenz an.

Auch der Stellenabbau in vielen Unternehmen schreitet voran. Beim kriselnden Autozulieferer ZF Friedrichshafen sind mindestens 12.000 Arbeitsplätze betroffen, von denen schon bis 2028 bis zu 10.000 wegfallen könnten. Einen massiven Stellenabbau gibt es u.a. auch bei Bayer, Volkswagen, SAP, Miele, Bosch und Grohe. (kmü)

IGH-URTEIL: GENOZID AN PALÄSTINENSERN

Südafrika legte erschütternde und detaillierte Anklageschrift vor. Israel muss den Genozid am palästinensischen Volk nun laut Haager Urteil reduzieren, aber den Krieg nicht beenden.
BERICHT von Batty N'Diaye, Amsterdam

Am 29. Dezember 2023 hatte der Staat Südafrika den Staat Israel wegen »Genozids am palästinensischen Volk« vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verklagt. Am Freitag, 26. Januar 2024 verkündete das Gericht seinen Mehrheitsbeschluss, in dem es weitgehend dem Antrag Südafrikas folgt und mit teils 16 zu 1, teils 15 zu 2 Stimmen vorläufige Sanktionen gegen den Staat Israel beschlossen hat.

In der Anklageschrift Südafrikas gegen den Staat Israel heißt es unter anderem: »Israels Handlungen und Unterlassungen in Bezug auf die Palästinenser verstoßen gegen die Völkermordkonvention. Dies ist auch die Ansicht zahlreicher anderer Vertragsstaaten der Konvention, einschließlich des Staates Palästina selbst, der die ›Führer der Welt‹ aufgefordert hat, ›Verantwortung zu übernehmen ..., um den Völkermord an unserem Volk zu beenden‹.« Die Anklageschrift ist am 28. Dezember unterschrieben und am 29. Dezember 2023 mit Eilantrag eingereicht worden.

84 ERSCHÜTTERNDE ANKLAGEPUNKTE

Die Ankläger legen zunächst dar, warum Sie von einer Verschwörung und Durchführung zum Völkermord ausgehen, nehmen in weiteren Ausführungen unter anderem Bezug auf die überwundene Apartheidsgeschichte von Südafrika. Unter Punkt 70 der 84-seitigen Anklageschrift in der deutschen Übersetzung von Arne Andersen heißt es: »Experten gehen inzwischen davon aus, dass mehr Palästinenser im Gazastreifen an Hunger und Krankheiten sterben werden als an Luftangriffen. Dennoch intensiviert Israel seine Bombenangriffe und verhindert so, dass den Palästinensern tatsächlich humanitäre Hilfe zuteil wird. Es ist klar, dass Israel mit seinen Aktionen und seiner Politik in Gaza den Palästinensern absichtlich Lebensbedingungen auferlegt, die auf ihre Zerstörung hinauslaufen.«

Punkt 71: »Die meisten der 1,9 Millionen vertriebenen Palästinenser im Gazastreifen suchen Schutz in UNRWA-Einrichtungen, die hauptsächlich aus Schulen und Zelten bestehen. Auch diese Orte sind nicht sicher: Bislang hat Israel – obwohl ihm die Koordinaten aller Einrichtungen der Vereinten Nationen mitgeteilt wurden – Hunderte palästinensischer Männer, Frauen und Kinder, die in UNRWA-Einrichtungen Schutz suchten, getötet und über tausend verletzt.«

Punkt 83: »Den von Israel in Gaza Verwundeten wird die lebensrettende medizinische Versorgung vorenthalten...« Die Anklageschrift ist im Internet durch einfache Suche kaum aufzufinden, abrufbar via *https://www.sozonline.de/wp-content/uploads/2024/01/SA-Isr-vor-dem-IGH-de.pdf*.



»Der Schrei des palästinensischen Volkes nach Gerechtigkeit wurde erhört!« Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa. Foto: Ruptly

DREI KONTINENTE GEGEN TRANSATLANTIKER

Die USA, Britannien, die BRD, Italien, Österreich, Ungarn, Israel und weitere hatten gegen den Antrag Südafrikas gestimmt, und damit dagegen, überhaupt das Verfahren zu eröffnen. Die Mehrheit von Lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Ländern stimmten dafür, das Verfahren musste eröffnet werden. Die Weltöffentlichkeit erlebte teils skurrile, teils erschütternd- traurige Verhandlungen, während der Konflikt in Gaza weiterging und die USA und Britannien begannen, vom Roten Meer aus im Jemen zu bombardieren (DW berichtete).

Am 11. Januar fand die erste Anhörung des Internationalen Gerichtshofes (IGH) im Haag statt. »Damit wurde ein Verfahren gegen Israel aufgrund des Verdachts der Verletzung des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (UN-Völkermordkonvention) in Gaza durch die Militäroperationen seit dem 7. Oktober 2023 eingeleitet. Daneben beantragte es die Anordnung einstweiliger Verfügungen zur Verhinderung eines Genozids in Gaza durch Israel«, so die Menschenrechtsorganisation Amnesty International am Tag der Anhörung.

Das Urteil der internationalen Richterriege im Prozess Südafrika gegen Israel ergab dann Ende Januar, dass Israel»alle Maßnahmen ergreifen muss, um alle Handlungen zu stoppen, die gegen die Konvention verstoßen« – also genozidale Handlungen oder die Durchführbarkeit solcher Handlungen zu beenden. Einige Stimmen bemängeln jedoch, dass das Urteil keine konkrete Aufforderung zur Beendigung des Konflikts im Gazastreifen enthält. Andere sehen darin einen Hoffnungsschimmer«, so die russische Auslandswelle RT Deutsch am Tag nach der Urteilsverkündung.

URTEIL: GENOZID MUSS GESTOPPT WERDEN

Das berüchtigte Propagandablatt Taz witterte hinter Klage und Urteil eine »Agenda«, denn in Wahrheit hege die palästinensische Hamas »Genozid-Fantasien«. – Und damit zurück in die stattfindende Gegenwart mit Dagmar Henn, RT-Deutsch-Journalistin in Moskau, die kommentierte nach der Urteilsverkündung kommentierte: »Obwohl der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa von einem ›Sieg der Gerechtigkeit‹ spricht, gibt es auch bei den Unterstützern der Palästinenser viele, die daran zweifeln. Aber man sollte von solch einem Prozess nicht mehr erwarten, als er liefern kann. (...) Man darf nicht erwarten, dass auf dem Feld des Rechts mehr ausgetragen wird, als Fragen des Rechts. Die Fragen der Macht werden andernorts geklärt, im günstigen Fall in der Diplomatie, im ungünstigen auf dem Schlachtfeld. Aber auf dem Feld des Rechts war das heutige Urteil ein Sieg, der eine auf dem Völkerrecht beruhende Weltordnung ein Stück näher gebracht hat.«



Laut Urteil des Internationalen Gerichtshofes (Den Haag) muss der Staat Israel Aufrufe zum Genozid ahnden und sofortige und effektive Maßnahmen ergreifen, um die Lebensbedingungen zu normalisieren. Die Handlungen, die nicht mehr stattfinden dürfen, sind solche, die im Artikel II der Völkermordkonvention benannt sind: Tötung von Mitgliedern der Gruppe; Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe; vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; Verhinderung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind. Foto: DW-Bildschirmfoto von RT

MELDUNG

TRUMP MACHT DAS RENNEN

Miami/DW. Der Gouverneur von Florida Ron DeSantis zog am 21. Januar 2024 in einer Videomitteilung über den Kurznachrichtendienst Twitter seine US-Präsidentschaftskandidatur für die Republikanische Partei zurück. Er sehe keine Aussichten mehr zu siegen, wolle nicht unnötig Spenden einsammeln und werde von nun an den ehemaligen Präsidenten Donald Trump in seiner Kandidatur unterstützen. DeSantis hatte unter Corona als erster Gouverneur der USA nahezu sämtlich Covid-Maßnahmen zurückgenommen und hatte damit einen Hoffnungsschimmer für Menschen in der ganzen Welt gegeben. Trump hat nun nur noch eine Mitbewerberin in der Republikanischen Partei für den Posten des Präsidentschaftskandidaten und liegt im Rennen weit vorn. Auf einer Wahlkampfveranstaltung am 18. Januar 2023 in New Hampshire gab er den Wählern das Versprechen: » Als Präsident werde ich niemals die Einführung einer Digitalen Zentralbankwährung (CBDC) zulassen. Eine solche Währung würde der Bundesregierung absolute Kontrolle über das Geld der Menschen bescheren.« (hes)

RINGTAUSCH DES TODES

Berlin/DW. Die Nato startete am 24. Januar 2024 mit der sogenannten Übung »Steadfast Defender« (dt. Standhafter Verteidiger) das größte Manöver seit Jahrzehnten. Darin soll laut Militärangaben »die Fähigkeit unter Beweis gestellt werden, den euro-atlantischen Raum durch die transatlantische Verlegung von Streitkräften aus Nordamerika zu verstärken«. Mit 90.000 Soldaten soll die »Verteidigung« gegen einen russischen Angriff auf das Nato-Gebiet geprobt werden. Bis Mai 2024 soll die Übung dauern. Vor diesem Hintergrund überlegt die Bundesregierung laut dpa-Meldung, nun doch Marschflugkörper via »Ringtausch« in die Ukraine zu senden. Ein Marschflugkörper kostet rund 1 Millionen Euro, was Agrarsubventionen für rund 4.750.000 Liter Agrardiesel entspricht (21,48 Cent/Liter). (hes)

GENOZID?

Den Haag/DW. Israel muss humanitäre Hilfe gewärleisten und Handlungen bestrafen, die zum Völkermord aufstacheln. So ein erstes Urteil des Internationale Strafgerichtshof in Den Haag am Freitag, den 28. Januar 2023. Angeklagt hatte S dafrikas Regerierung, die Israel einen Genozid in Gaza vorwirft, was die israelische Regierung vehement bestritt. Das Urteil wird als juristische Niederlage Israels gewertet. Die deutsche Bundesregierung hatte sich an die Seite Israels gestellt. (hes)

»Es ist die größte Desinformationsk die unser Land je gesehen hat«

Interview mit AfD-Politiker Ulrich Siegmund, der beim sogenannten Geheimtreffen in Potsdam im November mit dabe



Ulrich Siegmund ist seit 2016 Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt. Im DW-Interview erklärt er, was unserem Land bei einem Parteiverbot der AfD bevorstehen würde: »Dann können wir einpacken. Spätestens dann sind wir in einem totalitären System angekommen.« Foto: privat.

DW: Sie waren einer der Teilnehmer beim vermeintlichen Geheimtreffen von AfD- und CDU-Politikern mit rechtsextremen Aktivisten wie dem Identitären Martin Sellner in Potsdam, das angeblich vom Recherche-portal *Correctiv* aufgedeckt wurde. Verstehen Sie die große mediale Aufregung rund um das Thema?

Ulrich Siegmund: Nein, ich war sehr schockiert, wie es in Deutschland möglich sein kann, dass eine derartige Geschichte, die fast nur aus Konjunktiven besteht, von der Medienlandschaft einfach ungefiltert übernommen und dann auch noch massiv aufgebauscht wird, indem man Begriffe wie »Deportation« oder »Wannseekonferenz« hinzufügt, was völlig absurd ist.

DW: *Correctiv* räumte bereits ein, davon nicht gesprochen zu haben, was jedoch nachweislich falsch ist. So wurde etwa der Begriff Deportation bei der Bewerbung des *Correctiv*-Buches »Der AfD-Komplex« verwendet…

U.S.: …und dann später klammheimlich von der Internetseite gelöscht, was von den Medien kaum aufgegriffen wurde. Sehr perfide ist zudem, von einer Wannseekonferenz zu fabulieren, nur weil wir an einem See tagten. Auch von einem Geheimtreffen kann keine Rede sein. Es wurden Dutzende schriftliche Einladungen verschickt. Wir fanden in einem öffentlichen Hotel zusammen, an dessen Fenster nicht einmal die Vorhänge zugezogen wurden. Es ist die größte Desinformationskampagne, die unser Land je gesehen hat.

DW: Es hieß zunächst, dass Sie nur privat an dem Treffen teilgenommen haben.

U.S.: Als Vorsitzender des Sozialausschusses und Fraktionsvorsitzender ist mir natürlich klar, dass man das Mandat nicht von der Person trennen kann. Aber die Einladung erfolgte an meine Privatadresse und das Treffen fand in einem privaten Rahmen statt.

DW: Inwiefern sollte aus einem Treffen wie diesem etwas Böses entstehen können?

U.S.: Derartige Zusammenkünfte gibt es zuhauf. Uns wird zu Unrecht nachgesagt, dass Planungen für eine politische Kampagne stattfanden. Ziel war, dass sich Unternehmer und politische Akteure vernetzen, über neue Projekte austauschen und sich gegenseitig unterstützen. Der Vortrag von Martin Sellner zum Thema Remigration nahm nur einen Bruchteil des Tages in Anspruch.

DW: Sie waren bei seinem Vortrag anwesend. Worum ging es?

U.S.: Keineswegs um die millionenfache Vertreibung von Menschen aus Deutschland, sondern hauptsächlich um die rechtsstaatliche und gesetzeskonforme Rückführung von ausreisepflichtigen Menschen, die keine Bleibeperspektive haben oder straffällig geworden sind. Das ist eine zentrale Frage unserer Zeit und es ist sehr wichtig, darüber zu diskutieren. Schließlich haben wir Hunderttausende ausreisepflichtige Menschen im Land, die wahnsinnig viel Geld kosten. Es ging also in keiner Weise um Menschen, die sich die Staatsbürgerschaft ehrenwert erarbeitet haben und voll integriert sind.

DW: Wurde Martin Sellner möglicherweise nur benutzt, um die AfD diskreditieren zu können?

U.S.: Das kann und möchte ich nicht bewerten. Dass er sich nun trotz Einreiseverbot nach Deutschland begab, hat unseren Staat bis auf die Knochen blamiert. Wir lassen es zu, dass Zehntausende Menschen unkontrolliert ohne rechtliche Grundlage ins Land strömen und hier baut man eine riesige Kampagne auf, die am Ende dann nach hinten losgeht.

DW: *Tichys Einblick* berichtete über eine indirekte Involvierung des Verfassungsschutzes in der *Correctiv*-Affäre, was dieser jedoch zurückweist. Wie sehen Sie es?

U.S.: Gegenfrage: Wie soll es für ein »journalistisches Recherchenetzwerk« möglich sein, ein derartiges Projekt umzusetzen? Das fängt schon bei der Technik an. Jeder, der sich nur ein bisschen damit auskennt, weiß, welche Kosten damit verbunden sind. Wir sprechen hier von geheimdienstlichen Methoden. Sogar ein Saunafloß wurde eingesetzt, um vom See aus ins Hotel hineinfilmen zu können. Viele Menschen vermuten, dass *Correctiv* vorgeschoben wurde, um die kommunikative Arbeit für den Verfassungsschutz zu erledigen.

DW: Dass sich die AfD schon kurze Zeit nach dem »Geheimtreffen« von Alice Weidels Referenten Roland Hartwig getrennt hat, wurde von Teilen der Medien als Schuldeingeständnis gewertet. Kennen Sie die Hintergründe?

U.S.: Ich weiß nur, dass eine Personalentscheidung, auch wenn sie eine zeitliche Nähe zu einem Ereignis hat, nicht unbedingt eine inhaltliche Nähe dazu haben muss. Für mich ist entscheidend, wie sich Alice Weidel auf der Pressekonferenz vor rund zwei Wochen geäußert hat. Sie sprach von einem ungeheuerlichen Medien- und Politikskandal.

DW: Mussten Sie parteiintern zum Rapport antreten?

U.S.: Nein, jeder einzelne Parteikollege in meinem Umfeld wusste von Anfang an, welches Spiel hier läuft. Ich genieße in der Partei einen großen Rückhalt.

DW: Als Reaktion auf Ihre Teilnahme an dem Treffen will die Regierungskoalition in Sachsen-Anhalt Sie als Vorsitzenden des Sozialausschusses abberufen. Wie bewerten Sie das?

U.S.: Ausschüsse sind quasi die Werkstätten des Parlamentarismus. Ich bin seit 2016 in dieser Funktion tätig. Es gab nie Probleme. Doch nun will man mich ganz offensichtlich politisch beschädigen. Ich wurde im Ältestenrat des Landtags über eine Stunde befragt. Sämtliche Vorwürfe liefen ins Leere, weil sie nicht der Wahrheit entsprachen. Am Ende blieb nur noch die Kontaktschuld übrig, weil ich mit Martin Sellner in einem Raum war. Man muss sich das mal vorstellen: Die CDU, die treibende Kraft des Abwahlantrages ist, stand in meiner Heimatstadt Tangermünde vor wenigen Tagen bei einer Demo gegen rechts sogar Seite an Seite mit der Antifa.

DW: Hinzu kommt, dass bei dem »Geheimtreffen« auch CDU-Politiker anwesend waren.

U.S.: Völlig richtig. Das spielt aber überhaupt keine Rolle – weder in der medialen noch in der politischen Diskussion. Es waren sogar mehr CDU-Politiker als AfDler vor Ort. Das, was hier passiert, ist reine Willkür und hat mit Demokratie nichts mehr zu tun. Aber ich lasse mich nicht unterkriegen, bleibe stark und auf meine Arbeit fokussiert.

DW: In einem YouTube-Video sprachen Sie jüngst auch von einem Intelligenztest. Den hatten wir bereits während der sogenannten Corona-Pandemie. Die meisten Menschen fielen damals durch. Warum sollte es nun anders laufen?

U.S.: Die Frage ist berechtigt. Wir erleben es ja gerade: Die Leute gehen zu Zehn- und Hunderttausenden auf die Straße, weil der Fernseher ihnen Märchen erzählt und sie alles glauben, ohne es zu hinterfragen. Das zeigt, welche mediale Macht in dem Land immer noch vorherrscht und wie sich die Gesellschaft immer weiter spalten lässt. Viele Menschen durchschauen das Spiel aber. In aktuellen Umfragen haben wir seit Beginn der Kampagne allenfalls minimal eingebüßt, in Sachsen sogar um ein Prozent zugelegt. Von einem erdrutschartigen Absturz, von dem einige Medien schrieben, kann keine Rede sein.

DW: Sie befürchten also nicht, dass die Großproteste negative Auswirkungen für Ihre Partei haben werden?

U.S.: Ich denke, langfristig könnten wir davon sogar profitieren. Wir freuen uns, dass wir weiter im Mittelpunkt stehen, ebenso wie das wichtige Thema Remigration, das es objektiv und sachlich zu beleuchten gilt. Der Bogen wird derzeit so krass überspannt, dass viele Menschen motiviert sind, uns jetzt erst recht zu unterstützen und sich gegen die zunehmend totalitären Zustände im Land zu wehren. Wir verzeichnen einen großen Zulauf an neuen Mitgliedern. Mir sagen viele Menschen, dass sie sich derzeit an dunkelste Zeiten unserer Geschichte oder auch an die Stasi-Zeit erinnert fühlen, so wie in diesem Land mit der Opposition umgegangen wird.

DW: Was unterscheidet die SED noch von der Ampelregierung?

U.S.: *(lacht)* Ich würde das nicht auf die Ampel reduzieren, CDU/CSU und Linke kann mit gleich mit dazu nehmen. Das Motto lautet: Alle gemeinsam gegen die AfD. Politische Unterschiede stelle ich zwischen den anderen Parteien kaum noch fest. Im Verhalten uns gegenüber wird klar, dass es in diesem Land so etwas wie ein Einparteienkartell gibt. Besonders eindrucksvoll konnte man das bei der Landratswahl im thüringischen Saale-Orla-Kreis am vergangenen Sonntag beobachten: Auch da hatten sich alle gegen uns verbündet, dennoch kam unser Kandidat Uwe Thrum auf fast 50 Prozent, was sehr respektabel war.

DW: Bei einer Demo in Aachen gab es ein Plakat mit der Aufschrift »AFDler töten«. Geschmackloser geht's kaum noch.

U.S.: Zudem war es vor allem justiziabel. Dieser Vorfall steht sinnbildlich für den Zustand unseres Landes. Es war ein offener Mordaufruf, während direkt daneben die Polizei mitlief ohne einzugreifen. Und die

ampagne,

i war | Von Klaus Müller

Presse feiert das dann auch noch als Akt der Demokratie. Es ist sehr schrecklich, welche Pogromstimmung hier inzwischen herrscht.

DW: Sie und zwei Ihrer Parteikollegen wurden Ende 2022 beim Plakatieren tätlich angegriffen, erlitten dabei eine Prellung im Gesicht und eine Wunde an der Hand. Erhalten Sie heute auch noch Drohungen?
U.S.: Anfeindungen, Beleidigungen und Drohungen gibt es immer wieder, die leite ich stets an die Polizei weiter. Darin heißt es dann beispielsweise: »Wir kriegen Dich, Du brauner Fascho!« Natürlich immer anonym. Aber auf jede einzelner dieser Hassnachrichten bekomme ich 60 bis 70 positive. Der Zuspruch ist riesig. Dennoch bin ich mir der Gefahr bewusst. Die Menschen werden gerade extrem von Politik und Medien aufgehetzt. Das darf man nicht unterschätzen.

DW: Bundespräsident Steinmeier hat die AfD mit »Rattenfängern« verglichen, NRW-Ministerpräsident Wüst (CDU) spricht von »Nazis«, Bayerns Ministerpräsident Söder (CSU) von einer »parasitären Gruppe«, Strack-Zimmermann (FDP) von einem »Haufen Scheiße«. Wie vulgär wird es noch?
U.S.: Es ist nur noch beschämend und peinlich. Aber durch diese Verrohung der Sprache wird für jeden offensichtlich, was hier läuft.

DW: Im Herbst sind Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Offenbar wird derzeit alles unternommen, um die AfD zu zerstören. Ein Parteifinanzierungsstopp ist im Gespräch. Innenministerin Faeser will Privatspenden an die AfD vom Geheimdienst überwachen lassen. Und nicht zuletzt bleibt ein Parteiverbot Thema. Wie überrascht sind Sie von den Angriffen?
U.S.: Da wir bei diesen Wahlen in Regierungsverantwortung kommen können, möglicherweise sogar alleine regieren könnten, war klar, dass alle Geschütze aufgefahren werden. Dass es teilweise schon kriminelle Ausmaße annimmt, ist erschreckend und traurig zugleich. Aber durch die inflationäre Verwendung von Bezeichnungen wie »gesichert rechtsextrem« oder »vom Verfassungsschutz beobachtet«, ist ihr Schwert bereits abgestumpft. Sie erreichen immer weniger Bürger damit. Dennoch stehen uns garantiert weitere Angriffe bevor. Aber wir sind gewappnet.

DW: Für wie wahrscheinlich halten Sie ein Parteiverbot?
U.S.: Ich kann es mir nicht vorstellen, denn es wäre der Untergang unserer Demokratie. Wenn man die Opposition, die inzwischen fast ein Viertel der Wähler vertritt, verbietet, können wir einpacken. Spätestens dann sind wir in einem totalitären System angekommen.

DW: Herr Siegmund, wir danken Ihnen für das Gespräch.



»Ausländer raus« in smarter Optik oder sinnvoller Beitrag zur »Menschheitsfamilie« mit Kultur, Identität und gegenseitiger Hilfe? Sellner im Dialog mit Extremistin der »Neuen Linken«, 2016 in Wien. Zuletzt erschien sein Buch »Regime Change von rechts« (Antaios Schnellroda, 2023) Foto: Flickr/CC

Auf einen Kuchen nach Passau

Der Wiener Philosoph, Journalist und Aktivist Martin Sellner gilt vielen Konzernmedien und Parteien als wichtigster Protagonist der sogenannten »Neuen Rechten«. Zuletzt war dem Österreicher die Absicht unterstellt worden, »millionenfache Deportationen« aus Deutschland umsetzen zu wollen und dazu an einer Art Planungskonferenz in Potsdam teilgenommen zu haben. Sellner bestreitet dies. | Was ist dran? DW fragt nach!

DW: Inwiefern hat der Blog »Correctiv« zum Thema Ihres Treffens in Potsdam 2023 gelogen?
Martin Sellner: Die NGO baut ihre blumige Verschwörungstheorie der »Protokolle der Weisen von Potsdam« auf zwei Lügen. Erstens wurde behauptet, dass es eine Konferenz mit dem zentralen Thema der Remigration war. Zweitens wurde behauptet, dass von Vertreibung, Deportationen von Staatsbürgern, »Musterstaaten«, et cetera die Rede war. Tatsächlich war es ein relativ loses Treffen mit verschiedensten Themen und Projektvorstellungen. Ich sprach auch nur am Rande über Remigration und keiner der unterstellten Begriffe und Ideen wurde von mir besprochen.

DW: Was meinen Sie denn mit »Remigration«?
M.S.: Remigration ist laut Definition der Bundeszentrale für politische Bildung die Rückkehr eines Migranten an den Ausgangsort seiner Migration. Die Stadt Rostock sucht derzeit sogar einen Sachbearbeiter für Remigration. Ich verstehe darunter ein Bündel an Reformen und Programmen, die zu einer Umkehr der Migrationsströme führen. Abschiebungen betreffen nur Ausreisepflichtige und sind natürlich nicht gleichbedeutend mit Remigration. Vor allem umfasst mein Remigrationskonzept eine Politik der Leitkultur und Assimilation, was, wie ich in Potsdam sagte, auch einen Anpassungsdruck auf zum Beispiel Parallelgesellschaften erzeugt.

DW: Zuletzt hieß es, Ihnen sei aus politischen Gründen die Einreise in die BRD untersagt worden. Hat die Sicherung der deutschen Grenze gegen Sie funktioniert?
M.S.: Ja, so gut wie am 29. Januar 2024 war dieser Grenzposten in Passau wohl lange nicht mehr gesichert. Es gab eine große Polizeipräsenz und wohl eine Rasterfahndung. Mittels »racial profiling« (rassisches Profil, Polizeikriterium für als verdächtig geltende Körpermerkmale in der Vergangenheit; red.) filterte man mich aus den Einreisenden heraus und befragte mich hochnotpeinlich. Schließlich konnte ich die Beamten davon überzeugen, dass ich lediglich einen Kuchen in Passau genießen wollte. Ich stellte also das Mediengetöse um »Fahndung« und »Einreiseverbot« auf die Probe und es zeigte sich: Ich darf einreisen. Allerdings könnte das beim nächsten Mal nicht klappen. Diese Posse ist also noch nicht vorbei und ich plane weitere Einreiseversuche.

Die Fragen stellte Anselm Lenz



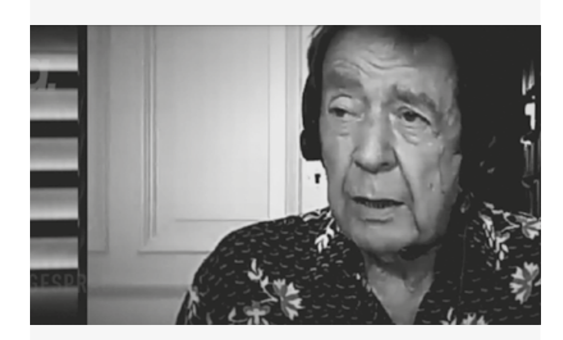
Das Letzte – von Anselm Lenz

LIEBE LINKE, LIEBE RECHTE,
LIEBE ERWACHSENE – HALLO KINDER!

»Das Herz schlägt links«, wie unser zwischenzeitlicher Herausgeber ehrenhalber, Oskar Lafontaine, bereits vor Jahrzehnten titelte. Das »echt« Linkssein in Abgrenzung zum Fake-Linkssein wird der Mensch wohl niemals los: Das tatkräftige, messbare, ausgesprochene und auch systematisch organisierte Halten zu denen, die nicht die Herrscher sind (Daumendrücken und Beten reichen nicht). Aber wer ist denn »echt links«? Ist das überhaupt das, was »Linke« heute machen?

In dem Begriff scheinen sich seit einigen Jahrzehnten – vor allem im Westteil der BRD – wieder alle Hoffnungen auf das Gute im Menschen zu sammeln und ich kann für meinen Teil nur sagen, dass diese Hoffnungen in meinem Leben oft enttäuscht wurden, aber nicht immer. Wo »Links« war, wurden ich und andere zumeist sehr schlecht bezahlt oder sogar heruntergestuft, wo »Links« war, wurde gegen mich oder andere intrigiert, wo »Links« war, wurde es neurotisch und nickelig.

Wo »Links« war, ging es um die Hautfarbe, wo »Links« war, wurden völlig unerfüllbare Forderungen gestellt, wo »Links« war, war die tausendste Überstunde, »links« konnte oft einzige gute Leistung anerkannt werden, von mir nicht, auch von anderen nicht, wo »Links« war, hingen zumeist die Lefzen, anstatt einfach mal ehrlich mit den Kindern zu lachen.



»Unter Linken«: Rudolph Bauer im Gespräch mit Anselm Lenz, Interviewreihe »Apolut im Gespräch« (Apolut.net)

Das erlebe ich zum Teil bis heute so, ein dumpf-depressives Problematisieren oder hysterisches Überspielen: Links? Das sind oft triste, trockene Gesichter, trotz oftmals bester Bedingungen, also nicht »unten«. – Demgegenüber stehen einige tapfere Kommunisten (w/m), die ich zum Beispiel als Inlandsredakteur der Tageszeitung junge Welt kennenlernen durfte genauso wie aufrichtige, sachliche Frauenrechtlerinnen oder echte Menschenrechtsanwälte.

Was ist »links«? In der aktuellen Ausgabe von »Apolut im Gespräch« auf der Journalistenplattform Apolut.net spreche ich mit dem großen Insider, Professor Rudolph Bauer, ebenfalls zwischenzeitlicher DW-Mitherausgeber und weiterhin DW-Autor. Ich kann jetzt schon ankündigen: »Apolut im Gespräch«, bald auch mit Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine bei mir im Studio! Gibt es doch Hoffnung bei den beiden Feinsten unter unseren Berufspolitikern?

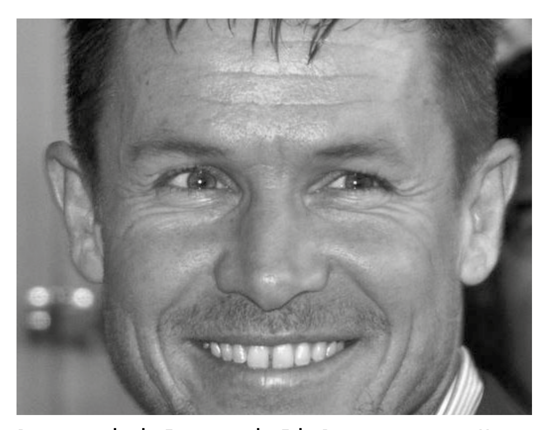
Ohne den Widerstand (DW) geht nichts!
Herzlich hochachtungsvoll,
Anselm Lenz
Journalist, Verleger,
Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020

SPORTSTAR BAUMGARTNER KONTERT SPRITZENFANATIKER: »PHARMAHURE«

Eine österreichische Lovestory der besonderen Art | Von Klaus Müller

Mit seinem Sprung aus der Stratosphäre aus rund 40 Kilometern Höhe wurde Felix Baumgartner am 14. Oktober 2012 weltberühmt. Jetzt liefert sich der *Base-Jumper* und Extremsportler einen heftigen öffentlichen Schlagabtausch mit Florian Klenk, dem Chefredakteur der linken Wochenzeitung *Falter*. Letzterer *postete* Anfang Dezember 2023 auf X (ehemals Twitter), dass er »gerade das zweite Mal Corona« durchmache und folgerte: »Auch weil ich fünf Mal geimpft bin, verläuft es moderat.« Dieses *Statement* verband er mit einer Spritzempfehlung: »Glaubt den Ärzten [...] und nicht den Scharlatanen.«

Worte, die Felix Baumgartner offenbar *getriggert* haben müssen, als er den *Tweet* Ende Januar, also knapp zwei Monate später, entdeckte. Der 54-Jährige kommentierte süffisant: »Da musst du schon ein fester Trottel sein, wenn du fünf Mal (!) geimpft bist, immer wieder Corona kriegst und dann noch die Impfung verteidigst. Bravo Florian Klenk.« Als *Hashtag* fügte Baumgartner u.a. »pharmaHure« hinzu. Die Reaktion des Journalisten ließ nicht lange auf sich warten. Er drohte: »Wer mich, wie Felix Baumgartner, eine ›Pharmahure‹ oder einen ›festen Trottel‹ nennt, kriegt zuerst eine Aufforderung zu spenden. Wenn das nichts nutzt, eine Klage. Das gilt auch für all jene, die das *Posting* geteilt haben. Das Geld geht an das Kinderhospiz Momo.«



Der österreichische Extremsportler Felix Baumgartner ist ein Mann der klaren Worte. Foto:CC/Georges Biard



»Im Namen der Demokratie« vs. »im Namen des Terrorismus«. Karikatur: Latest Stage Capitalism

Baumgartner jedoch zeigte sich davon nicht beeindruckt und legte nach: »Ist das nicht süß? Der (Corona) kranke Herr Klenk (der sich gerne auf Twitter in jede Rauferei stürzt) droht uns mit einer Klage und damit's nicht so aussieht, als ob er sich persönlich bereichern will, fordert er jeden, der mein *Post* geteilt hat, zuerst zum Spenden an ein Kinder-Hospiz auf. [...] Ganz ehrlich, davor fürchte ich mich genauso wenig wie vor Corona.« Der Spendenaufforderung wolle er ebenso wenig nachkommen wie dem Aufruf zur Corona-Impfung, so Baumgartner weiter. »Ich möchte Ihnen aber trotzdem entgegenkommen und Ihre nächsten fünf Corona-Impfungen bezahlen. Den *Booster* schmeiß ich noch als Entschuldigung oben drauf.« Laut dem österreichischen Nachrichtenportal *report24.news* tritt das »stabil links geltende und von der SPÖ Wien gut geförderte Kleinprojekt immer wieder als linkes politisches Kampfmittel« auf und zitiere beispielsweise »aus vertraulichen Gerichtsakten«. Chefredakteur Klenk sei omnipräsent. Doch mit Baumgartner hat er sich nun offenbar den falschen Gegner ausgesucht.

Der Sportstar gilt als meinungsstarker, kluger Kopf, der keinen Streit scheut und sich immer wieder gerne zu politischen und gesellschaftlichen Themen äußert. So forderte er 2017 in einem Interview mit dem Magazin *Alles Roger?* die Einführung der direkten Demokratie in Österreich. Im Januar 2016 schrieb er auf Facebook: »Ein Land, in dem Angeln ohne Angelschein rechtlich bestraft wird und Menschen ohne Pässe die Grenze überqueren, können nur Idioten regieren!« Während er Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban für dessen ablehnende Haltung zu Migration lobte und den Friedensnobelpreis für ihn forderte, kritisierte er Angela Merkel für ihre umstrittene Flüchtlingspolitik. In Bezug auf Frauenrechte stellte Baumgartner die Frage: »Wie weit sind wir bereit unsere Identität und unsere Kultur aufzugeben und sie zu vermischen mit einer völlig anderen Religion und Ideologie? Was wird aus unseren Frauenrechten, wenn wir dieses Land mit einer Kultur teilen müssen, bei der Frauen keine Rechte haben?« Einen Auftritt des politischen Aktivisten Martin Sellner 2016 auf ServusTV lobte er als »historischen Tag« und erklärte, dass die *Mainstream*-Medien ein »Ablaufdatum« hätten. 2019 reagierte er auf einen Beitrag von Jan Böhmermann, der im ORF der österreichischen Bevölkerung einen »Ruf nach autoritärer Führung« unterstellt hatte, auf Facebook und in *Alles Roger?* mit einem Satirebeitrag. Im Text hieß es u.a.: »Wenn man Jan Böhmermann zum ersten Mal sieht, hat man irgendwie das Gefühl, als ob seine Eltern Geschwister gewesen wären.« Während der Corona-Plandemie hatte Baumgartner massive Kritik an Maßnahmen und Spritzen geäußert.



ZITAT DER WOCHE

Foto: Privat

»Wenn sich im allerbesten Deutschland Menschen als Fuchs oder Fabelwesen identifizieren können, erkläre ich mich hiermit zur flatterbandfarbenen Landwirtin, die jeden einzelnen Tag Eier produziert für diejenigen, die immer noch zu feige sind, die Schnauze halten und alles über sich ergehen lassen.«

Freiheitsaktivistin Colette Bornkamm-Rink in ihrer Rede bei der Demo am 28. Januar in Merseburg

Hin Da! KULTURKALENDER

08.02.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr.16, 10437 Berlin • KONZERT • »Solidaritätskonzert für Gaza« mit Alexa Rodrian, Jens Fischer-Rodrian, Bustek, Martin Kelly, Burak Hoffman • 19:30 Uhr – 22:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

09.02.2024 • Berlin; Zunftwirtschaft, Arminiusstr.2-4, 10551 Berlin • DISKUSSION • »Kampf gegen Rechts ist Kampf gegen Rechtsstaat und Demokratie« mit Gabriele Gysi, Gesprächsleitung: Bengt Kiene • 19:00 Uhr • Anmeldung unter Udokriegsmann@web.de

09.02.2024 • Hamburg; Rudolf-Steiner-Haus, Mittelweg 11,20148 Hamburg • VORTRAG • »Wohnst Du noch in der EU oder lebst Du schon in Europa?« von und mit Ulrike Guérot und Hauke Ritz • 19:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

10.02.2024 • Berlin; Musikbrauerei, Greifswalder Str.23a, 10405 Berlin • MASKENBALL • »Faschingsparty« mit Yann Song King, Captain Future und Euch • ab 22:00 Uhr • Tickets: 15€ unter maskenball.events, Abendkasse 20€

11.02.2024 • Herrenberg; Stadthalle, Seestr.29, 71083 Herrenberg • PARTY • »Faschings-Sonntag« mit Künstlern für Frieden und Freiheit: Alien's best friend, Ludger K., ÄON, Kilez More und andere • ab 14:00 Uhr • Tickets: 30€ unter krasser.guru

11.02.2024 • Koblenz;Deinhard Sektmuseum, Deinhardplatz 3, 56068 Koblenz • VORTRAG • »Freiheit statt Moralin - Für eine offene Debattenkultur« von und mit Philosoph Dr. Michael Andrick • 15:00 Uhr, Einlass ab 14:00 Uhr • Tickets ab 10€ unter krasser.guru

16.02.2024 • Berlin; Rudolf Steiner Haus, Bernadottestr.90 – 92,14195 Berlin • VORTRAG • »Freiheit statt Moralin - Für eine offene Debattenkultur« von und mit Philosoph Dr. Michael Andrick • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

17.02.2024 • Berlin; Theater unterm Turm, Düsseldorfer Str. 2, 10719 Berlin • KABARETT • »Schluss. Aus. Sense.« der Jahresrückblick mit Ludger K. • 20:00 Uhr • Tickets: 26,80€ unter theateruntermturm.com

17.02.2024 • Jesteburg; Heimatmuseum, Niedersachsenplatz 5, 21266 Jesteburg • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

17.-18.02.2024 • Neuss;Dorint Kongresshotel, Selikumer Str.25,41460 Neuss • SEMINAR/ VORTRAG • »Ich will leben, lieben und geliebt werden« 2-tägiges Aufstellungsseminar und Vortrag mit Prof.Dr. Franz Ruppert • Samstag 9:30 Uhr bis Sonntag 18:30 Uhr • Tickets: 330€ und weitere Informationen unter krasser.guru

18.02.2024 • Berlin; Theater unterm Turm, Düsseldorfer Str. 2, 10719 Berlin • KABARETT • »Schluss. Aus. Sense.« der Jahresrückblick mit Ludger K. • 17:00 Uhr • Tickets: 26,80€ unter theateruntermturm.com

19.02.2024 • Bad Dürkheim; genauer Ort wird noch mitgeteilt • VORTRAG • »Die Macht der Propaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr, Einlass ab 17:30 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

20.02.2024 • Fellbach;Goldbergwerk, Schaflandstr.6, 70736 Fellbach • FAIRTALK • »Wasser predigen und Wein saufen - Die große Doppelmoral« mit Jens Lehrich und Gästen • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

21.02.2024 • Fellbach;Goldbergwerk, Schaflandstr.6, 70736 Fellbach • FAIRTALK • »Solidarität oder Selbstbedienung - Steuern sind...was denn überhaupt?« mit Jens Lehrich und Gästen • 19:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

22.02.2024 • Berlin; Rudolf Steiner Haus, Bernadottestr.90 – 92,14195 Berlin • VORTRAG • Ulrike Guérot • 19:00 Uhr • weitere Infos folgen

22.02.2024 • Fellbach;Goldbergwerk, Schaflandstr.6, 70736 Fellbach • FAIRTALK • »Wasser – die Quelle des Lebens« mit Jens Lehrich und Gästen • 19:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

24.02.2024 • Zossen; Restaurant Alter Krug, Hauptstr.15, 15806Zossen – OT Kallinchen • VORTRAG • »Das Erlebnis Gesundheit« mit Dr.Stefan Hügel, Mareen Albrecht u.v.m. • 14:00 Uhr – 20:00 Uhr • Anmeldung unter info@alter-krug-kallinchen.de

25.02.2024 • Rostock; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 17:00 Uhr – 19:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

26.02.2024 • Leipzig;genauerOrtwirdnochbekanntgegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

27.02.2024 • Hamburg; Musiksaal, Besenbinderhof 57a, 20097 Hamburg • GESPRÄCH • »Aufstand gegen Idiotie und Idiologie« Peter Hahne im Gespräch mit Jens Lehrich • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets. 25€ unter krasser.guru

27.02.2024 • Weimar;Schiesshaus,Johann-Heinrich-Gentzplatz 1, 99425 Weimar • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

28.02.2024 • Berlin; ACUD Kino, Veteranenstr.21,10119 Berlin • FILM/ GESPRÄCH »ithaka – a father. a family. a fight for justice« OmU • 18:00 Uhr • Tickets: 8€ unter acudkino.de

28.02.2024 • Dresden; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

02.03.2024 • Neustadt; Adresse wird bekannt gegeben • SYMPOSIUM • »Artikel 146 GG – ein Ausweg aus der Krise« mit Prof. Dr. Ulrike Guérot, Rechtsanwalt Carlos A. Gebauer und Ralph Boes, moderiert von Traumatherapeutin Birgit Assel • 15:30 Uhr – 21:30 Uhr • Tickets: ab 35€ unter krasser.guru

03.03.2024 • Taufkirchen; Kultur und Kongresszentrum, Köglweg 3 82024 Taufkirchen • WORKSHOP • »Achtsamkeit« ein Tag mit Dr. Daniele Ganser • 10:00 Uhr – 17:00 Uhr • Tickets: 180€ unter krasser.guru

04.03.2024 • Ingolstadt; Schloßländle 24, 85049 Ingolstadt • VORTRAG • »Weltfrieden« von Dr. Daniele Ganser • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets:29,90€ unter krasser.guru

06.03.2024 • Bad Aibling; Käufer werden vor der Veranstaltung über Details informiert • VORTRAG • »Angst essen Freiheit auf« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

06.03.2024 • Hannover; genauer Ort wird noch bekanngegeben • VORTRAG • »Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?« von Jens Lehrich • 19:30 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

09.03.2024 • Augsburg; Parktheater im Kurhaus Göggingen, Klausenberg 6, 86199 Augsburg • KONZERT/ BALLETT/ LESUNG • »Klang des Friedens – Stimmen der Freiheit« mit Simone Werner, Rairda, Rasmus Schumacher, das Ballettensemble Josipa Stage Company, Prof. Martin Haditsch und Band u.v.m. • 16:00 Uhr • Tickets unter parktheater.eventim-inhouse.de/webshop/webticket/seatmap?eventid=8527&el=true • mehr infos unter freiheitsliebe.org

09.03.2024 • Kirchheim bei Bad Hersfeld • VORTRAG • »Die Macht der Prapaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:00 Uhr, Einlass ab 17:00 • Tickets: 27€ unter krasser.guru

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischer-widerstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf
demokratischerwiderstand.de



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



FILME GEGEN DAS VERGESSEN

KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

Corona ist verschwunden, aus den Leitmedien zumindest. Hin und wieder eine Meldung zu *Long Covid*, falls Fragen aufkommen. Sonst: Schweigen im Walde oder die alte Leier. Robert Cibis antwortet mit einer Doku in vier Teilen.

Wer diese Kolumne regelmäßig liest, der weiß, dass ich meist schimpfe und erkläre. Keine Vielfalt. Propaganda. Der lange Staatsarm und Redaktionen, die sich willig führen lassen. Es ist ein Kreuz mit einem Journalismus, der seinen Job nicht macht und das Publikum erziehen und belehren will. Heute will ich loben. Es geht besser, und man braucht dafür kein Milliardenbudget. Ich muss dazu sagen, dass ich Videos eigentlich meide. Mir fehlt die Geduld. Ewig stillsitzen, obwohl man schnell weiß, worauf das Ganze hinausläuft. Die vier Coronafilme von Ovalmedia sind anders. Ich bin drangeblieben und war hellwach von der ersten bis zur letzten Sekunde, gut drei Stunden lang.

Robert Cibis beherrscht das Handwerk. In der alten Welt haben seine Filme Preise abgeräumt von Locarno bis nach San Francisco. Was dann kam, wissen die DW-Leser. Ein Video mit Wolfgang Wodarg, die Interviewreihe *Narrative*, die Übertragungen aus dem Corona-Ausschuss. Ovalmedia stand im Rampenlicht und sollte ausgelöscht werden. »Verschwörungslügen«, schrieb der *Tagesspiegel* im März 2021 und belegte die Firma mit dem Fluch der Kontaktschuld. Wer mit Ovalmedia arbeitet, so lässt sich das zusammenfassen, der wird verbrannt.

Inzwischen ist es ruhiger geworden. Die Plattform hat eine Bezahlschranke aufgebaut. Gute Filme kosten Geld. Kamera, Licht, Ton: All das ist nicht umsonst zu haben. Die Coronadoku, seit Anfang des Jahres *online*, ist ein starkes Argument. Vier Teile, die ans Eingemachte gehen und das festhalten, was die Leitmedien gerade aus dem kollektiven Gedächtnis löschen wollen. Impfschäden, Xi und Gates. Die Kinder und die Schulen. Der Präsident von Tansania. Die beiden Gesundheitsminister, Pharmamacht und Digital ID. Demokratie und tiefer Staat. Der Filmemacher Robert Cibis lässt Salvador Allende sprechen und Julian Assange. Er zeigt JFK auf seiner letzten Fahrt. Und er lässt Wolfgang Wodarg antreten gegen Ursula von der Leyen. Das muss man gesehen haben.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



WORAUF BAUST DU DEIN EIGENES LEBEN?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Klaus Ebbert

Worauf baust du dein eigenes Leben
Welche Ziele hast du dir gegeben
Sind es Gesundheit und/oder viel Geld
oder was and'res, was noch bei dir zählt
Was füllt dein Leben Tag für Tag
von der Wiege bis hin zum Sarg
Sind es Familie, Hobby, Beruf
oder folgst du ,nem anderen
Lebens-Groove

Ist es der Widerstand gegen jede Gewalt
Lässt dich das Kriegsleid einfach nicht kalt
Kannst du den Politwahnsinn
nicht mehr ertragen
Willst dich lieber auf neue Wege wagen
Willst dich vernetzen, nach vorne schauen
mit andern zusammen was Neues aufbauen
Ja, du hast ja recht, das macht alles Sinn
doch wo führt dein tiefstes Sehnen hin

Was ist sein Inhalt, entfernst du die Schalen
was will dein Herz sich so sehnlich
ausmalen
Ist es die Hoffnung auf das Gute in dir
vom Schöpfer gegeben im Jetzt und Hier
Willst du das Göttliche in dir ausformen
losgelöst von allen religiösen Normen
Das Gute stärken, das Schlechte lassen
und alle Ungerechtigkeiten hassen

Wird dir all das denn wirklich gelingen
oder wirst du immer nur darum ringen

Gibt's nicht ein Ziel, was noch wertvoller ist
was du womöglich schon lange vermisst
Eine tiefe Gewissheit, geliebt zu sein
bedingungslos, wahrhaftig und rein
Ein Angenommensein für alle Zeiten
Ein sich im wirklichen Glück Ausbreiten
Den Ego-Thron auf Dauer verlassen
Die Hand des Einen ganz fest umfassen

Such das und du wirst ihn finden
Jesus, er will sich mit dir verbinden
auf eine unfassbar kostbare Weise
Er nimmt dich mit auf seine Reise
auf seinen Weg hinein in ein Leben
das nur allein er kann dir geben
Er wartet schon lange, so lange auf dich
Als ich ihn suchte, da fand er auch mich

Auf ihn kannst du deine Ziele bauen
Ihm kannst du in allem wirklich vertrauen
Nun mach dich auf, such ihn wie nie
Er ist so viel mehr als nur Energie
die kommt und die auch wieder vergeht
Er ist dein Freund, der dich ganz versteht
der dich liebt, der dich niemals vergisst
Er ist das Ziel, das am wertvollsten ist

Jesus sagte zu seinen Freunden (Matthäus Evangelium, Kapitel 7,7):
»Bittet, und ihr werdet bekommen! Sucht, und ihr werdet finden! Klopft an, und man wird euch öffnen!«

Der Autor war Diplom-Sportlehrer im Schuldienst und hat bereits mehrere eigene Lyrikbände herausgegeben. Er lebt mit seiner Familie im Westmünsterland.



SPORT MIT BERTHOLD

BAUERNDEMOS IN DEN STADIEN?

Die sogenannte »Brechstange« im Fußball bedeutet, mit hohem Risiko und körperlicher Präsenz im Strafraum des Gegners dem Spiel noch eine Wende zu geben.

Ich erwarte aber keine »Brechstange«, keine »Mistgabel« und keine große Bauernaktion zum DFB-Pokalfinale in Berlin. Angebracht wäre es allerdings, die Millionenplattform Fußball in diesem Fall zu nutzen, um dezidiert die Missstände anzusprechen.

Da Tiere ja CO2 ausstoßen und das jedem Landwirt bekannt ist, könnte der Bevölkerung an diesem Beispiel die Verhältnismäßigkeit und die Fehlleitung der politischen Klasse aufgezeigt werden. Für unseren Landwirtschaftsminister noch einmal zur Veranschaulichung: Der CO2-Gehalt in der Atmosphäre beträgt 0,0016 Prozent. Unsere Pflanzen benötigen CO2 zur Photosynthese, dadurch bildet sich Biomasse, aus der Früchte entstehen. Ohne CO2 keine Nahrungskette! Das sollte den Kindern schon in der Grundschule erklärt werden.

Es wird Zeit, dass mehr Menschen anfangen, zu verstehen, was in Deutschland für ein Spiel gespielt wird. Solange es keine unabhängige Aufarbeitung der Corona-Pandemie und ihren weitreichenden Folgen gibt, muss sich keiner wundern, dass anscheinend niemand aus der Vergangenheit vor 90 Jahren etwas gelernt hat. Auch da wurde schon Fußball gespielt und die Olympischen Sommerspiele wurden in Berlin ausgetragen. Ergänzend möchte ich noch erwähnen, dass sich die Landwirte mit den *Chemtrails* am Himmel beschäftigen sollten. Die belasten Ihre Flächen und Tiere.



Wer will hier wen lynchen? – Der Widerstand der deutschen Bauern ist ungebrochen. Foto: Telegram/DW.

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»WIR SIND NICHT NUR FÜR DAS VERANTWORTLICH, WAS WIR TUN, SONDERN AUCH FÜR DAS, WAS WIR WIDERSTANDSLOS HINNEHMEN.« ARTHUR SCHOPENHAUER

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*